

P R O T O K O L L

über die 17. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 8. Juli 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Ulrike Fuchs
Günter Fürweger
Johann Glanzer
Hans Dieter Götz
Richard Gollatsch
Gottfried Hofstetter
Oskar Holub

Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Friederike Mach
Josef Mayr
Dipl.-Ing. Frank Mundorff
Hans Payrleithner
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Eva Scheucher
Dr. Tilman Schwager
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl

VOM AMT:
MD Dr. Kurt Schmidl
OMR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
MR Mag. Helmut Lemmerer
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OMR Mag. Augustin Zineder
Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

VerkR-5629/92	Parkraumbewirtschaftung; Ankauf der Papierscheinrollen, der Magnetkarten und der Organstrafverfügungen.
Bau3-3697/92	Straßenbau Arnhalmweg - Bienenweg, Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.
GHJ2-34/93	Ankauf von zusätzl. Mobiliar für die HS 2 Tabor-Taschelried.
Wi-20/93	Druck des Folders "Parkraumbewirtschaftung".
SH-409/93	Ankauf von 2 elektrischen Patientenhebern für das APT.
Bau2-297/93	Luftbilddokumentation Bereich gesamtes Stadtgebiet Steyr.
Bau3-7954/92	Haltebucht Siemensstraße; Vergabe der Arbeiten.
ÖAG-5680/92	Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - GFM, Gesellschaft f. Fertigungstechnik und Maschinenbau AG; Zahlung der Grunderwerbsteuer.
ÖAG-88/93 Stadtwerke	Einführung neuer Linien, Ankauf von Fahrgelderhebungssystemen.
Bau5-2224/90	FFW Stein, Steiner Straße, Löschzug III; Vergabe der Arbeiten.
GHJ2-52/93	Ankauf von zusätzlichem Büromobiliar für die MA I, Promenade 9.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- | | |
|-----------------|--|
| 1) Ha-8230/92 | Firma Gunter Mayrhofer, Lebensmitteleinzelhandel;
Gewerbeförderung. |
| 2) Bau3-7390/92 | Erweiterung der HS 1 und HS 2 Tabor; Vergabe von
Arbeiten. |
| 3) Ha-12/93 | Machbarkeitsstudie "Industrielle Produktionstechno-
logie" - Kostenbeitrag der Stadt Steyr. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

- | | |
|---------------|---|
| 4) Ha-8046/91 | Museum Industrielle Arbeitswelt; Subvention 1993. |
| 5) K-20/93 | Stadtheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison
1993/94; Abschluß eines Werkvertrages. |

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-
HUBER:

- | | |
|-----------------|---|
| 6) GHJ2-13/93 | Kdg. Wehrgrabengasse 83 a; Erneuerung der Grup-
penraumeinrichtung (2 Gruppen), 1. Bauetappe. |
| 7) GHJ2-36/93 | Kdg. Marxstraße 15; Instandsetzungsarbeiten, Ein-
richtungserneuerung; 3. Bauetappe. |
| 8) Ha-3957/92 | Stadtpfarre St. Michael; Sanierung des Caritas-Kin-
dergartens Wieserfeldplatz; Subvention - 2. Jahres-
rate. |
| 9) Bau5-5300/92 | Kindergarten Fabriksinsel - Tischlerarbeiten; Einrich-
tung; Vergabe der Arbeiten. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- | | |
|-----------------------------|--|
| 10) ÖAG-90/93
Stadtwerke | Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung - 1. Teil; Ver-
legung der Versorgungsleitungen - Erneuerung der
Trinkwasseranschlußleitung Pumpwerk Waldrandsied-
lung; Vergabe der Leistungen. |
|-----------------------------|--|

- | | |
|-----------------------------|---|
| 11) ÖAG-91/93
Stadtwerke | Neuverlegung von Erdgas- u. Trinkwasserversorgungsleitungen in diversen Straßenzügen im Versorgungsbe-
reich der Stadtwerke Steyr; Vergabe der Leistungen. |
| 12) ÖAG-92/93
Stadtwerke | Erdgasaufschließung Neuschönau 3. Teil - Neuverle-
gung eines Trinkwasserversorgungsstranges in der
Bahndammstraße; Vergabe der Leistungen. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- | | |
|------------------|--|
| 13) Ha-6877/91 | SAT - Steyr Antriebstechnik - Errichtung eines Hoch-
regallagers; Förderung von Mehraufwand für Gestal-
tungsmaßnahmen zur Erhaltung d. Ortsbildes, 2. Rate. |
| 14) Bau5-4177/80 | Aufnahme eines Förderungsdarlehens f. den Umbau
des Alten- und Pflegeheimes Tabor. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- | | |
|------------------|---|
| 15) Bau3-242/93 | Straßeninstandhaltung 1993; Vergabe der Arbei-
ten und Mittelfreigabe. |
| 16) Bau3-8182/92 | Belagsarbeiten auf d. B 122, km 31.982 bis 32.320;
Vergabe der Arbeiten. |
| 17) Bau2-4693/92 | Bebauungsplan Nr. 60 - "Krenn-Gründe". |

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- | | |
|--|--|
| 18) ÖAG-5808/91
ÖAG-912/89
ÖAG-83/93 | Vergabe von Grundstücken der "Mühlbauer-
gründe". |
|--|--|

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-
MUT ZAGLER:

- | | |
|------------------|--|
| 19) Buch-7800/92 | Rechnungsabschluß 1992. |
| 20) Ha-4202/92 | SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subven-
tion von 1,4 Mill. S als Weiterleitung einer Lan-
desförderung. |

21) Ha-120/93

Aufnahme eines Darlehens über 10 Mill. S für
die Sanierung des Alten- und Pflegeheimes
Tabor bei d. Wr. Städtischen Versicherungs AG.

22) SV-7400/82
SV-7527/91
SV-195/93

KFA Steyr - Satzungsänderung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint, und daß als Protokollprüfer die Gemeinderäte Spanring und Spöck gemeldet sind. Beide nehmen diese Funktion an. Entschuldigt haben sich die Kollegen Engelbert Huber, Mag. Harald Philipps und Engelbert Lengauer.

Wir kommen nun zu Punkt Nr. 2) unserer Tagesordnung "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN":

Mit Schreiben vom 2. Juli 1993 hat Frau Gemeinderätin Eva Scheucher namens der GAL Fraktion eine Anfrage an mich gerichtet. Obwohl sie nach unserer Geschäftsordnung etwas verspätet eingebracht wurde, bin ich gerne bereit, diese Anfrage zu beantworten.

Frau Gemeinderätin Eva Scheucher schreibt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Von Bewohnern der Siedlung am Dachsberg wurde eine Reihe von Beschwerden über starke Geruchsbelästigung - konkret handelt es sich um stechenden, Atemwege und Augen reizenden Geruch - an uns herangetragen. Da diese Emissionen, wie seit

langem bekannt, von einer nahegelegenen Ziegelei ausgehen dürften, richten wir folgende Anfragen an den Bürgermeister: Der Ziegelei Ratzinger wurden von der Behörde Auflagen zur Verminderung schädlicher Emissionen erteilt. Diese sollten bis Ende 1992 erfüllt sein. In der Zwischenzeit wurde der Betrieb aber von einer anderen Firma übernommen.

- Gelten die behördlich vorgeschriebenen Maßnahmen auch für den neuen Betreiber?

- Wurden bereits Maßnahmen zur Verminderung der Emissionen durchgeführt und in welchem Umfang?

- Wann können die Bewohner der Dachsbergsiedlung mit einer Beendigung dieser gesundheits-schädlichen und äußerst unangenehmen Luftbelastung rechnen?

Zu diesen Anfragen kann ich Ihnen, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, folgendes mitteilen: Mit Bescheid vom 20. Jänner 1992 wurde durch die zuständige Behörde, das ist die Berghauptmannschaft Salzburg, ein Bescheid an die Fa. Hubert Ratzinger, Ziegel- und Betonsteinwerk im Standort Steyr, Wolfernstraße 17, erlassen.

Im Rahmen dieses Bescheides wurden verschiedene Auflagen in bezug auf die Rauchgasreinigungsanlage und die thermische Nachverbrennung zur Verminderung der aufgetretenen Emissionen vorgeschrieben.

Verbunden mit diesen Auflagen ist die Durchführung eines zweijährigen Probebetriebes festgelegt worden. Dieser Bescheid gilt laut Gewerbeordnung nicht nur für die Firma Hubert Ratzinger, sondern auch für die neue Firma, die die Betriebsanlage übernommen hat.

Wieweit die Umbauarbeiten zur Reduzierung der Emissionen bereits durchgeführt sind, kann von der Bezirksverwaltungsbehörde nicht definitiv festgestellt werden, da die bescheiderlassende Behörde die Berghauptmannschaft Salzburg ist und daher in diesem Zusammenhang auch die entsprechenden Überprüfungen durchzuführen hat.

Seitens der Bezirksverwaltungsbehörde kann immer nur der jeweilige Stand von den Vertretern der Fa. Ratzinger bzw. von deren Nachfolgefirma abgefragt werden. Am 6.7. 1993 erfolgte eine Vorsprache eines Vertreters der Bezirksverwaltungsbehörde. Diesem wurde mitgeteilt, daß seit 1. 1. 1993 das Ziegelwerk Ratzinger von der Fa. Wienerberger als Pächter betrieben wird. Der Pachtvertrag läuft bis 31. 12. 1994. Zivilrechtlich wurde vereinbart, daß nach Ablauf dieses Pachtvertrages die Tonziegelerzeugung am Standort Steyr, im ehem. Ziegelwerk Ratzinger, eingestellt wird. Grund hiefür ist, daß die Fa. Wienerberger im Raum Wels eine Großziegelei baut und damit der gesamte oberösterreichische

Zentralraum abgedeckt wird. Die ehemalige Ziegelei Ratzinger soll dann nach Durchführung eines gewerbebehördlichen Genehmigungsverfahrens Betonwaren herstellen, die bekanntlich sehr emissionsarm in ihrer Produktion sind. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Ziegelei weiterbetrieben. Hinsichtlich der Einhaltung der Normen bei der Erzeugung von Ziegeln, in bezug auf die Reinhaltung der Luft, die Gesetzescharakter hat und auch bei uns verwendet wird, ist festgestellt worden, daß nach nunmehriger Änderung der Rezeptur unter Einbindung von Kalk als Fluorreduzierer die derzeit geltenden Grenzwerte bei der Ziegelproduktion unterschritten werden. Die entsprechenden Meßergebnisse hierüber liegen bei der zuständigen Berghauptmannschaft Salzburg auf und haben nach Auskunft der Fa. Wienerberger bisher zu keinen Beanstandungen geführt.

Soweit meine Beantwortung. Zu Punkt Nr. 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich berichten, daß die Arbeitsmarktlage im Bezirk weiterhin sehr schwierig ist. Wenn auch - aufgrund der saisonellen Entwicklung - feststellbar ist, daß die Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,4 % zurückgegangen ist. Aufgrund der konjunkturellen Situation ist allerdings nach wie vor keine wesentliche Verbesserung zu

beobachten. Wir sind weiter unrühmlicher Spitzenreiter bezüglich der Arbeitslosenquote in Oberösterreich.

Ende Mai d. J. waren 3502 Personen arbeitslos gemeldet. Von diesen Vorgemerkten sind allein 1.087 Personen, also fast ein Drittel, in der Altersgruppe 50 Jahre und älter. In diesem Zusammenhang ist natürlich zu bemerken, daß sich diese Gruppierung zum Teil aufgrund dieser noch gültigen Krisen-Regelung ergibt.

Gegenüber dem Vormonat sind das um ca. 3,9 % weniger Arbeitslose, wobei dies vor allem auf die gute Entwicklung im Bau- und Fremdenverkehrsgewerbe zurückzuführen ist. Die Zahl der gemeldeten freien Arbeitsplätze hat erfreulicherweise zugenommen und beträgt nunmehr 412, das sind um ca. 18,7 % mehr als im Vormonat. Damit wurde fast genau das Niveau des Vorjahres erreicht.

Meine Damen und Herren, am Donnerstag voriger Woche fand in Steyr ein Gespräch mit Herrn Generaldirektor. Dr. Hammer-schmied von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG statt, bei dem ich die Möglichkeit hatte, die Wünsche der Stadt in bezug auf eine leistungsstarke Anbindung an die Westbahn zu erörtern. Er hat mir bescheinigt, daß dieses ehemalige Hartlauer-Projekt, das jetzt von Vbgm. Dr. Pfeil wieder stark vertreten und auch an den Minister heran-

getragen wurde, gegenwärtig überprüft wird und im Herbst mit einem Ergebnis dieser Prüfungen zu rechnen ist. Ich habe mir erlaubt vorzuschlagen, daß dann auch die Öffentlichkeit genau über die Ergebnisse informiert wird. Gleichermäßen wird diese Studie, die die Abgeordneten Gartlehner und Neuwirth in Auftrag gegeben haben, jetzt im Sommer dem Ministerium zugeleitet und auch einer entspr. Prüfung unterzogen. Ich hoffe, daß bei dieser Veranstaltung im Herbst, die wir anregen werden, eine Erörterung bzw. Berichterstattung durch die Vertreter des Ministeriums und der Bundesbahn hier in Steyr erfolgen kann. Jedenfalls habe ich wiederum auf die Notwendigkeit der besseren Verkehrserschließung hingewiesen. Daß hier bei der Bahn auch ein Schwerpunkt zu liegen hat, ist keine Frage.

Wir dürfen aber das Problem "Straßen" nicht außer acht lassen. In diesem Zusammenhang kann dem GR auch berichtet werden, daß nunmehr das Detailprojekt der Umfahrung Dornach der Gemeinde von den zuständigen Beamten der Oö. Landesbaudirektion vorgestellt wurde. Dieses Projekt ist fertig; fertig ist noch nicht die eigentl. Nordspange, obwohl hier eine das Projekt gefährdende Situation als bereinigt betrachtet werden kann. Es ist nämlich vorübergehend zu einer Schwierigkeit gekommen, weil diese Trassen-

führung über eine ehemalige Mülldeponie der SDP AG geführt hätte, und dort die Belastbarkeit nicht ausreichend war. Man hat eine leichte Verschwenkung vorgenommen, und wir haben die Mitteilung bekommen, daß das Detailprojekt - auch der Nordspange - bis Ende d. J. vorliegen wird. Dann geht es nach Wien zum Ministerium. Bedauerlich ist allerdings, daß eine Anfrage unserer Abgeordneten im Parlament ergeben hat, daß wir in OÖ - obwohl wir von überall die Zustimmung haben, und die Unterstützung zugesichert wurde, daß das Nordspangen-Projekt in OÖ als Priorität betrachtet wird - auf Rang 14 und 15 sind. Also die Dornach-Umfahrung ist auf Rang 14 in OÖ unter allen Straßenprojekten, die der Dringlichkeitsstufe I zugeordnet werden, und die Nordspange auf Rang 15. Wenn man weiß, daß hier die ersten 4 Projekte gegenwärtig nur mit einer finanziellen Bedeckung rechnen können, heißt das, daß manches passieren muß - im Sinne einer Finanzierungsmöglichkeit -, um in die Nähe der Realisierung zu kommen.

Es geht also in Wahrheit darum, daß vielleicht die Mineralölsteuer erhöht werden muß und daß die Widmung nicht nur auf den öffentl. Verkehr (was wir aber auch sehr dringend brauchen), sondern wahrscheinlich auch für solche wichtigen Straßenbauten vorgenommen werden muß. Das

noch dazu in der richtigen Höhe, sonst ist die Nordspange leider noch in ziemlich weiter Ferne. Ich habe das aus Aktualitätsgründen dem GR gerne mitgeteilt.

Errichtung eines Fachhochschularbeitskreises in Steyr

Es ist eine pos. Entwicklung im Hinblick auf unsere Bemühungen, einen Fachhochschul-Studiengang in Steyr zu errichten, insofern eingetreten, daß unsere FAZAT-Studie "Errichtung einer FHS in Steyr" zumind. auf Landes- und Bundesebene bewirkt hat, daß die Gestion geändert wurde. Es gibt jetzt die "Philosophie" nicht mehr, ausschließlich eine FHS in Wels zu errichten, sondern es wurde ein Trägerverein gegründet mit dem Titel "Errichtung einer Oö. FHS mit dislozierten Standorten". In Wels wird ein Vorbereitungs-Jahrgang beginnen; und zwar sollen aus der dualen Ausbildung Lehrlinge vorbereitet werden für die FHS. In Hagenberg soll ebenfalls ein Betrieb aufgenommen werden für die spezielle Ausbildung von Elektronikern und Computer-Spezialisten.

Wir konnten nach mühseligen Anstrengungen erreichen, als kooptiertes Mitglied in diesen Trägerverein hineinzukommen. Ich habe diese Funktion selbst wahrgenommen. Es sind übrigens auch der Bürgermeister Bregartner und der Bgm. aus Hagenberg drinnen. Wir haben diese Woche in einer Sitzung

vereinbart, daß in Steyr ein "Arbeitskreis FHS" gebildet und eine Konzeption erarbeitet wird, die, wie ich hoffe, dann Gnade finden soll vor den Augen des Vorstandes der FHS in OÖ. Das könnte in einigen Jahren dazu führen, daß wir einen FHS-Studiengang nach Steyr bekommen. Jedenfalls sind die Türen für uns wieder offen!

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Wochen hat sich eine Problematik ergeben - und zwar beim Trinkwasser. Im Grundwasser wurden chlorierte Kohlenwasserstoffe festgestellt. Bei einer routinemäßigen Überprüfung des Trinkwassers der Stadt Steyr wurden Spuren von chlorierten aliphatischen Kohlenwasserstoffen gefunden, die aber noch unter der Unbedenklichkeits-Grenze liegen. Die weitere Überprüfung des Grundwassers ergab hohe Werte an chlorierten Kohlenwasserstoffen in privaten Brunnen und Sonden im Bereich Steinwändweg - Hausleitner Straße. Wasser mit diesem hohen Gehalt an chlorierten Kohlenwasserstoffen ist als Trinkwasser nicht mehr geeignet. Von den untersuchten Privatbrunnen wurde nur mehr aus einem Trinkwasser für eine Familie entnommen. Nach Entdeckung der hohen Verunreinigung wurde die Familie sofort informiert, daß das Wasser gesundheitliche Schäden bewirken könne, und daher nicht mehr aus dem

Privatbrunnen entnommen werden darf. Vom Wasserwerk wurde sofort ein Anschluß an das städt. Trinkwassernetz über eine provisorische Schlauchleitung hergestellt. Innerhalb von zwei Tagen wurde dann der fixe Anschluß an das städt. Trinkwassernetz durchgeführt. Mit weiteren Wasserproben wird nun die Ursache der Bodenverunreinigung gesucht; durch eine Untersuchung aller Brunnen wird man versuchen zu lokalisieren, von wo die Ursachen der Verunreinigung ausgehen. Durch den Amtsarzt wurden in Zusammenarbeit mit der Lebensmittelpolizei, dem Veterinäramt, dem Umweltschutz und dem Wasserwerk alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. Der Genuß des städt. Trinkwassers ist gesundheitlich völlig unbedenklich.

Meine Damen und Herren, damit komme ich schon zu Punkt Nr. 4) unserer Tagesordnung "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 des Stadtstatutes. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderats-einladung bei - ich bitte um Kenntnisnahme. Zur Behandlung von Punkt Nr. 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" möchte ich den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um die Anträge.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Der erste Antrag beschäftigt sich mit einer Gewerbeförderung an die Fa. Gunter Mayrhofer. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

1) Ha-8230/92

Firma Gunter Mayrhofer,
Lebensmitteleinzelhandel;
Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II v. 14. 6. 1993 wird der Fa. Gunter Mayrhofer, Lebensmitteleinzelhandel, Stelzhamerstr. 41 a, 4400 Steyr, für die an ihren Betriebsstandorten Arbeiterstr. 21, Puchstr. 4, Stelzhamerstr. 41 a und Siemensstr. 1 in den Jahren 1990 - 1992 getätigten Investitionen in der Höhe von rund S 4,870.000,-- für jenen Teil, der keiner Bürgesförderung unterliegt, das sind ca. S 2,300.000,--, ein 2%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von fünf Jahren, berechnet auf Basis eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital S 2,300.000,--, Laufzeit 10 Jahre, halbjährliche Kapitalraten) gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in

der Höhe von ca. S 175.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAST. 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1993 Mittel in der Höhe von S 45.000,-- freigegeben.

Ich bitte den Vorsitzenden, hier die Debatte abzuwickeln bzw. die Abstimmung herbeizuführen und bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Sie haben den Antrag gehört - wer wünscht dazu das Wort? Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Bei diesem Tagesordnungspunkt habe ich mich gleich angesprochen gefühlt, weil es hier auch um die Nahversorgung geht. Ich möchte das als Anlaß nehmen, um einige Sachen zu wiederholen, die schon voriges Jahr erwähnt wurden.

Ich möchte Sie an die Geschichte mit der "Taborland-Erweiterung" erinnern, in der sich nicht nur die Freiheitl. Fraktion, sondern auch die Grüne Fraktion sehr stark ausgesprochen hat, daß nicht weitere Supermärkte errichtet werden sollen.

Es freut mich ganz besonders, daß hier bei der Gewerbeförderung einmal ein Einzelhändler zum Zug kommt und möchte in Erinnerung rufen, daß sich in Steyr eigentl. seit einem

Jahr nichts getan hat, daß man eine Verringerung der großen Supermärkte vorgenommen hätte. Mir fällt jetzt dieser Hofer-Markt beim Kreisverkehr ein, von dem wir überhaupt nichts gewußt haben. Er ist eigentl. so über die Nacht entstanden - noch dazu an einem sehr kritischen Verkehrs-Knotenpunkt der Stadt Steyr.

In diesem Zusammenhang möchte ich wieder überleiten auf die Problematik, die sich bei unserer Versorgung ergibt; daß wir nämlich die Lebensmittel-Versorgung nur zentralistisch haben. Wir haben auf der Ennsleite keinen großen Markt - sehr viele "Ennsleitner" fahren auf den Tabor; wir haben nur zwei Brücken zur Verfügung, und es konzentriert sich alles auf 3 oder 4 Großmärkte in der Stadt Steyr.

Jetzt ist auf dem Dachsberg eine Siedlung entstanden. Eine Siedlung, die noch überhaupt keine Infrastruktur aufweist. Wir stehen vor der gleichen Problematik wie in der Vergangenheit im Resthof - man muß eine Verkehrslinie hinlegen und die notwendige Infrastruktur wieder aufbauen. Ich würde mir wünschen, daß auf dem Dachsberg auch schon Maßnahmen getroffen werden, sodaß sich ein Lebensmittel-Einzelhändler situieren kann. Denn so sind die Leute gezwungen, wieder mit Verkehrsmitteln (egal, ob mit privaten oder mit öffentl.) in die

Stadt zu fahren, um sich zu versorgen.

Die Problematik des "Bauens auf der grünen Wiese" werden wir noch weiter erleben. Heute ist wieder ein Punkt auf der Tagesordnung - Bebauung der Krenngründe. Auch dort müssen wir uns das überlegen. Ich stimme dem nicht gerne zu, weil ich weiß, daß wir damit nicht billiger fahren. Es kommt vielleicht der Neubau eines Wohnhauses billiger, aber wir müssen bedenken, daß dann auch die Straßen gebaut werden müssen, die Kanalisation errichtet werden muß und Verkehrsverbindungen geschaffen werden müssen; und natürl. die andere Infrastruktur, die in der Altstadt überall vorhanden ist.

Vor einem Jahr - es war die Sitzung vor dem Sommer - haben wir in der Aktuellen Stunde (es war schon sehr spät - beinahe 22 Uhr) von der Sozialistischen Fraktion gehört, daß man Steyrdorf mehr unterstützen soll. Mich hätte jetzt interessiert - obwohl es nicht ganz zu diesem Thema paßt -, ob diese Förderungs-Maßnahmen, die wir dann im Oktober beschlossen haben, gegriffen haben oder nicht. Ist hier wirklich etwas in Bewegung gekommen? Nützt diese Maßnahme, die wir damals gesetzt haben, den Geschäftsleuten in Steyrdorf etwas? Danke schön

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Ich bitte den Bgm. um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Hr. Koll. Fürweger, es ist so, daß ich mich freue, daß Sie diese Gewerbeförderung pos. sehen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir ständig Gewerbeförderungen im StS beschließen. Das trifft auch auf das Steyrdorf in einem hohen Maß zu. Gerade das Steyrdorf ist ein neuralgischer Punkt - wir haben hier Sonderförderungen beschlossen. Ich bin darüber informiert, daß leider - für meinen Geschmack - zu wenige Gewerbe- und Handelsbetriebe im Steyrdorf diese angebotene Beratung von der Unternehmensberatung Fa. Wirth in Anspruch nehmen. Es sind genau 24 - leider nicht unbedingt diejenigen, die die Beratung am nötigsten hätten. Es sind eher die besseren Betriebe, die sich weiter beraten lassen. Aber wir haben dieses Angebot herangetragen und es wird zum Teil wahrgenommen. Daraus werden auch diese Förderungen fließen. Es geht ein bißchen langsam und zäh, aber im Prinzip sehe ich, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Auch die Errichtung des Hofer-Marktes in der Nähe des Kreisverkehrs ist keine Geheimsache gewesen. Natürl. wurde das ausführlich in den Ausschüssen behandelt - vor

allen Dingen auch im Bauausschuß (mehrmals!). Koll. Payrleithner wird wahrscheinlich gerne die Gelegenheit wahrnehmen, um Koll. Fürweger über die näheren Details zu informieren. Wir haben das nicht im geheimen abgehandelt; das war eine offizielle Bausache, die auch den Ausschuß passiert hat. Ich darf berichten, daß wir auf die Nahversorgung ein ganz konkretes Augenmerk wenden. Wir haben ja auch eine eigene Nahversorgungs-Förderung beschlossen, die darauf abzielt, daß diese Nahversorgung möglichst erhalten bleibt oder aufgebaut wird. Es ist natürl. so, daß im freien Markt entscheidend ist, ob die Menschen, die in dieser Region wohnhaft sind, dieses Angebot aufnehmen. In Wirklichkeit - das muß öfter gesagt werden - sind wir als öffentl. Hand nicht in der Lage, diese Nahversorgungsbetriebe aufrecht zu erhalten, wenn die Bevölkerung dort nicht einkaufen geht. Das ist in Wahrheit das Problem! Und so ist auch diese Mayrhofer-Filiale in der Schlüßlmayr-Siedlung geschlossen worden, obwohl ich mich persönl. bemüht habe, Herrn Mayrhofer zu veranlassen, dort zu bleiben. Ich habe eine spezielle Förderung angeboten. Er hat gesagt, das nützt nichts, weil zu wenig "Hinterland" vorhanden ist. Das muß man sehen!

Weiters darf ich mitteilen, daß sich noch ein Hofer-Markt in Planung befindet - und zwar

neben dem Krankenhaus. Dieser kann eine wichtige Nahversorgungs-Funktion aufnehmen für den Bereich Gründbergsiedlung, Steinfeldstr. etc.

Ich bemühe mich gegenwärtig, einen Erneuerungsprozeß beim Konsum Wehrgraben einzuleiten, der leider in einem sehr desolaten Zustand ist. Dort soll ebenfalls ein moderner Nahversorgungs-Markt errichtet werden. Das ist jedoch nicht ganz einfach, denn es handelt sich immer um priv. Betreiber, die zuerst gebeten werden und denen Impulse gegeben werden müssen - das geht hin bis zu Finanzierungsaufgaben! Wir haben aber das "Ding" im Auge, und ich hoffe, daß das hier auch so registriert wird und daß dieser Antrag nunmehr die Zustimmung findet.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört - wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag beschäftigt sich mit der Erweiterung der HS 1 und HS 2 Tabor. Es sollen Arbeiten vergeben und Mittel bereitgestellt werden. Der Antrag des StS an den GR lautet:

2) Bau3-7390/92

Erweiterung der HS 1 u.
HS 2 Tabor; Vergabe von
Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 8. 6. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erweiterung der Hauptschule HS 1 + HS 2 Tabor nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

A) Lieferung und Montage von Schuleinrichtungsgegenständen:

Fa. Staudinger, Steyr, brutto S 884.556,62

B) Tischlerarbeiten: Fa. Hackl, Steyr, brutto S 120.241,08

C) Lieferung und Montage von Außenjalousien: Fa. Klotzner, Linz, brutto S 41.075,23

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,-- bei VSt 5/2100/043000.4 freigegeben u.

S 384.600,-- bei VSt 5/2100/043000.4 durch Kreditüberschreitung bewilligt.

S 161.500,-- werden bei VSt 5/2100/010100.1 durch Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYR-LEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des GR! Es ist sehr erfreulich, daß jetzt große Mittel in den Ausbau und die Sanierung der Schulen in Steyr investiert werden. Ich darf aber vielleicht in diesem Zusammenhang etwas erwähnen, das meiner Meinung nach nicht uninteressant ist. Nachdem ja - wie mein Vorredner schon erwähnt hat - sozusagen neue Stadtteile auch auf der grünen Wiese im Entstehen sind bzw. entstanden sind (wie z. B. der Resthof) und ich schon grundsätzlich bei diesem Thema anregen möchte, daß dort auch Infrastrukturen geschaffen werden - z. B. auch im Ausbau von Schulen im Resthof -, fehlen meiner Meinung nach in dieser Richtung nicht nur Schulen, sondern auch andere Einrichtungen. Wie ich das beispielsweise aus einer der Zeitungen der Sozialdemokratischen Fraktion entnehmen konnte, die sich - wie wir - für eine Apotheke einsetzt.

Aber in erster Linie wäre es meiner Meinung nach durchaus diskussionswürdig, sich auch Gedanken im Stadtteil Resthof zu machen und in weiterer Zukunft in anderen ähnlichen, neu entstandenen Stadtteilen über Neugründungen von Schulen nachzudenken bzw. Initiativen zu setzen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke. Koll. Rohrauer ist der nächste.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:
Zum Koll. Payrleithner möchte ich nur ganz kurz etwas festhalten. Er hat sicherlich auch die mittelfristige Finanzplanung bekommen. Wenn er sie aufmerksam durchgelesen hat, so müßte er gesehen haben, daß unter "2100 - Allg. bildende Pflichtschulen", zumind. von der Finanzierung her und von dem Willen, etwas zu machen, ein Neubau einer Volks- und Hauptschule im Norden der Stadt enthalten ist. Also ist diese Wortmeldung eigentl. sinnlos, da ja bereits etwas unternommen wird in dieser Richtung - von seiten aller Fraktionen, nehme ich an!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Hr. GR Gollatsch hat sich nun zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Koll. Payrleithner dürfte die Post entgangen sein, die er heute bekommen hat. In der Tagesordnung der letzten Schulausschuß-Sitzung war der Schulneubau bereits drinnen und wurde besprochen. Nur waren Sie nicht dabei!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren, jedenfalls ist es erfreulich, daß Koll. Payrleithner mitdenkt - wenn er auch nicht in der Schulausschuß-Sitzung war!

Ich darf berichten, daß sich hier sowohl der Bezirksschulrat als auch der Ausschuß f. Schule u. Sport mehrfach mit dieser Materie beschäftigt haben. Auch die Aufträge sind ergangen, eine sehr eingehende Prüfung der Voraussetzungen für den Neubau einer zusätzl. Schule vorzunehmen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß so ein Schulprojekt zw. 50 und 60 Mill. S kostet und daß sehr genaue Untersuchungen vorausgehen müssen.

Wir müssen uns ansehen, wie sich die Bevölkerungs-Entwicklung ergibt. Auch der verkehrstechn. Aspekt ist zu betrachten; die Sicherheit unserer Schulkinder; wir müssen uns überlegen, wo die meisten Häuser gebaut werden, welche Entwicklungen auftreten, wenn beispielsweise die Knoglergründe verbaut werden. Das alles sind Einflüsse auf die Auslastung des Tabor-Schulzentrums. Eine andere Bevölkerungs-Entwicklung und Bautätigkeit wird das wieder anders tangieren. All das muß

genau untersucht werden, und wir müssen natürl. Sorge dafür tragen, daß hier dieser Entwicklung Rechnung getragen wird.

Zu dem kommt natürl., daß wir durch die Schwerpunkt-Schulen (Sporthauptschule auf dem Tabor, Musikhauptschule Promenade) einige zusätzl. Probleme haben. In Wahrheit sind das zwar Schulen, die sehr begrüßenswert sind, aber zum Teil kommen auch sehr viele Kinder aus den Umlandgemeinden. Es ist hier so, daß auch Dietacher und Wolferner Schüler nicht in die Schule gehen wollen, in der wir Plätze frei haben. Hier müssen wir im Bezirksschulrat bei der Sprengelaufteilung und bei der Verteilung der Schüler bes. darauf Bezug nehmen.

Ein Problem sind auch die integrierten Schulklassen, die wir in einigen Schulen vorfinden bzw. errichtet haben. Hier ergibt sich das Problem, daß fast alle Gastarbeiter-Kinder in zwei Schulen aufgenommen werden. Das bereitet uns auch einige Sorgen!

Wir haben uns jedenfalls mit dieser gesamten Materie intensiv beschäftigt. Zunächst geht es aber um eine Erleichterung der Situation im Schulzentrum Tabor. Hier soll die Erweiterung um diese beiden Werkräume vorgenommen werden, wofür ich Sie nochmals um Zustimmung bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer dafür stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der letzte Antrag ist meiner Meinung nach von sehr großer Bedeutung. Es handelt sich dabei um die beabsichtigte Errichtung eines Forschungszentrums. Unsere Bemühungen in der Vergangenheit, einen FHS-Studiengang nach Steyr zu bekommen, haben eine pos. Nebenwirkung mit sich gebracht. So ist man nämlich auf Landesebene doch genauer auf die Probleme, die wir in der Wirtschaft und in den strukturellen Bereichen unserer Stadt bzw. Region haben, eingegangen.

Wenn wir auch die FHS noch nicht haben - darüber wurde heute schon diskutiert -, so ist als Nebenwirkung in fast greifbare Nähe die Möglichkeit gerückt, ein internat. Forschungszentrum in Steyr zu errichten. Und zwar dadurch, daß hier vom Land OÖ beabsichtigt ist, Technologie-Knoten zu errichten. Ein solcher befindet sich - wie wir wissen - in Hagenberg und einer ist in Gmunden in Vorbereitung (in Form dieser GÖDL-SCHOOL). Ein weiterer könnte in Steyr sein.

Es geht also darum, daß ein internationales, abgesichertes Forschungsinstitut errichtet werden könnte, in dem zunächst einmal in einer ersten Ausbaustufe rd. 25 Forscher tätig sind und in einem Endausbau rd. 50. Europäische und "Überseeische" Spitzenleute der Wissenschaft würden angesiedelt und Grundlagen-Forschung betrieben werden. Darüber hinaus soll aber auch eine Kapazität aufgebaut werden, um komplexe Alltagsprobleme in Unternehmungen zu bearbeiten. Eine Machbarkeits-Studie, die 1,2 Mill. S kosten soll, wird zur Hälfte von der Oö. LR, vom Referat des Hr. Landesrat Leitl, getragen. Die andere Hälfte sollen wir bezahlen und heute beschließen.

Ich glaube, daß es eine außerordentliche Chance ist, hier im FAZAT-Gelände ein solches Forschungsinstitut zu errichten. Der Gesamtaufwand für die Errichtung dieses Forschungsinstitutes wird jedenfalls in der Gegend von 100 Mill. S liegen. Es ist ohnehin nur möglich, wenn die Machbarkeits-Studie auch die Machbarkeit ergibt. Ein Zwischenbericht ist allerdings sehr pos. ausgefallen. Ich meine, wenn wir als "Unterbau" unsere HTL sehen, die einen traditionell guten Ruf hat, und darüber diesen "Technologie-Scheinwerfer" hätten, dann wird das auch einen Sog auslösen in Richtung FHS. Und wir wären in bezug auf die Ausbildung unserer Jugend und auf die

Chance, wirklich Kapazitäten aufzubauen, die der Wirtschaft unterstützend zur Seite stehen, einen guten Schritt weiter. Wir würden tatsächlich dem Wunsch, universitäre Einrichtungen in unserer Stadt zu haben, um vieles näher kommen.

Daher bitte ich Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

3) Ha-12/93

Machbarkeitsstudie "Industrielle Produktionstechnologie" - Kostenbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Institut für Flexible Automation der Technischen Universität Wien wurde vom Land OÖ der Auftrag erteilt, die Machbarkeitsstudie f. den Aufbau eines Forschungsinstitutes "Industrielle Produktionstechnologien" in OÖ gegen ein Entgelt in der Höhe von S 1.212.000,-- durchzuführen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 29. Juni 1993 beteiligt sich die Stadt Steyr an den Kosten dieser Machbarkeitsstudie in Höhe von 50 %, d. s. S 606.000,--. Die Zahlung dieses Betrages hat entsprechend der im zitierten Amtsbericht näher dargestellten Zahlungsvereinbarung schrittweise zu erfolgen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 606.000,-- bei der VSt 5/7820/751000.4 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüber-

schreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bgm., liebe Damen und Herren! Das ist wirklich ein entscheidender Beschluß, der hier zu fassen ist - in eine Zukunft, die hoffentlich das bringt, was Wirtschaftsförderung bringen soll. Nämlich mehr Beschäftigung, mehr Wertschöpfung nach Steyr und nach OÖ. Ich glaube, daß der Weg, der hier beschritten wird, ein richtiger ist. Nicht durch Geldsubventionen Betrieben aus der "Patsche" zu helfen, sondern durch Technologie-Investition oder durch Technologie-Transfer einen Vorsprung zu bieten, der auch auf den Weltmärkten zum Reüssieren etwas beiträgt.

So gesehen war das Engagement unseres Bgm. ein bes. nützliches, sich für die FHS in Steyr "ins Zeug zu legen". Nachdem ja ursprüngl. gerade von seiten des Landes, vom zuständigen Wirtschafts-Landesrat Leitl, nur die FHS Wels ein Thema war und keine andere, dürfen wir heute mit einer gew. Genugtuung aus Steyrer Sicht feststellen, daß die erste FHS und der erste FHS-Lehrgang nicht in Wels stattfindet, sondern ab Herbst 1993 in Hagenberg. Was genau das bestätigt und den

Beweis abrundet, den Bgm. Leithenmayr gebracht hat - daß nämlich als Vorstufe zu einer sinnvollen FHS auch ein Forschungsinstitut vorhanden sein muß, das durch das IPTO gegründet werden kann.

Ich hoffe, daß diese Zwischenberichte bis zum Endbericht durchzuhalten sind, daß auch die Experten, die diese Machbarkeitsstudie machen, zu dem Schluß kommen, Steyr (insbes. der Wehrgraben, insbes. in Erweiterung der bisherigen FAZAT-Bauten) hätte die Eignung, eine solche Institution anzusiedeln. Dann ist mir nicht bang, daß auch die FHS folgen wird!

Ich darf nur an dieser Stelle - weil ich das schon einige Male gemacht habe - daran erinnern: Nicht nur die techn. Ausbildung (obwohl es ein wesentl. Element ist) ist zu fordern und zu fördern, sondern darüber hinaus dürfen auch andere Ausbildungszweige, vor allem Richtung Wirtschaft, nicht in Vergessenheit geraten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Hr. Dipl.-Ing. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Dieses Thema wurde ja schon im FAZAT bei einer Vorstandssitzung einmal diskutiert. Damals ist diese

Mitteilung - nachdem Bgm. Leithenmayr über dieses Treffen mit Leitl und den Leitern der anderen Institute berichtet hat - auf breite Zustimmung gestoßen. Obwohl wir vereinbart haben, daß wir in diesem Frühstadium noch nicht nach außen dringen wollen, freut es mich jetzt ganz bes., daß diese Entwicklung in eine pos. Richtung gelaufen ist. Ich habe auch in Abstimmung - trotz dieser Stillhalte-Vereinbarung - mit Bgm. Leithenmayr BMW-intern geklärt, wie die Fa., die sich ja auch mit Zukunfts-Technologien beschäftigt und Anwender solcher Forschungen als Basis für anwendungsorientierte Entwicklungen ist, zu so einem Vorhaben steht. Ich habe auch hier entspr. pos. Signale bekommen und möchte sie an dieser Stelle weitergeben. Ich nehme an, daß auch andere innovative Firmen im Raum Steyr nur von einer solchen Vorgangsweise befruchtet werden und hoffe auch, daß es in die Richtung wirkt, daß im Nachzug entspr. Arbeitsplätze für die Region Steyr geschaffen werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Hr. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Das

FAZAT befindet sich ja noch immer in der Schußlinie mancher Kritiken. Ich glaube, es ist daher sehr erfreulich, daß mit dieser Machbarkeits-Studie für das IPTO (Industrielle Produktions-Technologien) ein Schritt gesetzt wird, wo wir glauben, daß nach Steyr eine internat. Forschungs- und Entwicklungsgruppe kommen kann und wird.

Bei der ganzen bisherigen Befragung wurden Kontakte des Projektteams mit rd. 60 Unternehmen und wissenschaftl. Einrichtungen aufgenommen. Es hat ein sehr großes - man muß fast sagen weltweites - Echo gegeben, daß ein Forschungsinstitut für industrielle Produktionstechnologien in OÖ errichtet werden soll. Die möglichen Inhalte wurden auch schon skizziert und überlegt. Als einer wäre Simultants Engineering - Simulation, Logistik und Organisation, Prototypen, orientierte Fertigung, Qualitätskonzepte und Qualitätssicherungen. Es ist auch beabsichtigt, weitere Gespräche in den USA und in Japan zu führen und eine inhaltl. Feinabstimmung bzw. eine erste Kooperation in den USA und in Japan anzubahnen.

An und für sich soll das Institut, wenn die Studie klar und pos. ausgearbeitet ist, umgehend gegründet werden. Wir haben große Chancen, daß diese Institution nach Steyr in das FAZAT kommen soll. Die Teilnehmer sind Prof. Zeichen,

Prof. Buchberger (RISC Hagenberg), Hr. Prenninger (Infra TU Wien) und Büro Leitl, Dipl.-Ing. Schneider vom TMG OÖ und der Geschäftsführer des FAZAT, Mag. Ortner.

Nachdem das Land die Hälfte dieser Studie, die rd. 1,2 Mill. S kosten wird (wie Bgm. Leithenmayr schon erwähnt hat), übernimmt, verbleiben für die Stadt 600.000 Schilling. Ich glaube, daß sowohl dieser Betrag als auch die Arbeit im FAZAT sehr sinnvoll angelegt ist und dem FAZAT eine weitere sinnvolle Beschäftigung gegeben hat.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Auch nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wenn Sie für diesen Antrag sind, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an den Bgm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Hr. Vbgm. Dr. Pfeil um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des

GR! Im ersten Antrag geht es um die Jahres-Subvention für den Verein Museum Arbeitswelt. Wie Sie wissen, hat sich der GR 1988 verpflichtet, einen Teil der lfd. Kosten für den Verein "Museum Arbeitswelt" zu übernehmen. Es waren ursprünglich im Jahr 1988 S 500.000 dafür vorgesehen; im Zuge der Zeit wurde dann dieser Betrag in den letzten Jahren auf eine Jahres-Subvention von 950.000 Schilling aufgestockt. Ich bitte Sie, diesen Betrag heute hier im GR freizugeben.

Ich darf wiederholen, daß es auch eine Empfehlung des gemeinderätl. Kulturausschusses ist, diesen Betrag in der Höhe und in der Form zu beschließen.

4) Ha-8046/91

Museum Industrielle
Arbeitswelt; Subven-
tion 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 5. Mai 1993 wird dem Verein Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 1-7, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb 1993 eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 950.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 450.000,--

bei VASSt. 1/3600/757000.7 freigegeben und

S 500.000,--

bei VASSt. 1/3600/757000.7 durch Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Bedarfszuweisungsmitteln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?
Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYR-
LEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbst auf die Gefahr hin, daß mich Koll. Rohrauer jetzt wieder als sinnlos bezeichnen wird oder als sinnlose Wortmeldung, werde ich mir trotzdem nicht nehmen lassen, mich auch zu anderen Tagesordnungspunkten zu Wort zu melden. Koll. Rohrauer dürfte sich offensichtlich schon ein wenig im vorausseilenden Gehorsam von seinem Landesgenossen hier gebärden, denn dort muß man sich anschauen, wie versucht wird, ev. kritische Bemerkungen zu verhindern. Sogar eine Art "Maulkorb-Erlaß" soll gegen unseren Parteifreund Achatz eingeführt werden. Das dürfte sich hier um ein "Vorgeplänkel" handeln, Hr. Kollege.

Zum Koll. Gollatsch möchte ich noch etwas sagen. Ich glaube, nach mehr als eineinhalbjähriger Tätigkeit in diesem Gremium bei zwei Ausschuß-Sitzungen zu fehlen, ist an sich gar nicht so

schlecht, wenn ich mir die letzten paar Ausschuß-Sitzungen ansehe - wie z. B. der Wohnungsausschuß, wo wir nicht einmal beschlußfähig waren, weil so viele Damen und Herren dieses GR gefehlt haben.

Aber nun zum Tagesordnungspunkt selbst - ich darf vorausschicken, daß ich selbstverständlich diesem Antrag zustimmen werde. Ich hätte mir nur gewünscht, daß vielleicht bei anderen Museums-Aktivitäten eine ähnliche, rasche Erledigung bzw. Inangriffnahme vorgenommen worden wäre.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Das war ja nur eine Ausstellung!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Trotzdem! Es hat ja vor einiger Zeit hier schon einmal eine Debatte gegeben - z. B. über ein geplantes Oldtimer-Museum, das leider inzwischen eingeschlafen ist, Herr Bürgermeister!

Wie wir vor kurzem bei einer Betriebsräte-Konferenz feststellen konnten, haben sich jetzt auch endlich die Arbeitnehmer durchgerungen, daß man festgestellt hat, daß Arbeitsplätze auch im Tourismus, im Fremdenverkehr usw. sehr wesentlich sind und dieses Oldtimer-Museum sicher eine Bereicherung gewesen wäre oder sein wird, wenn es tatsächlich zu einer Verwirklichung kommt.

Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß es der Stadt Wels wiederum gelungen ist, diese große Veranstaltung, die jahrelang beim Oldtimer-Museum in Kremsmünster stattgefunden hat, an sich zu reißen. Das war eine Veranstaltung, wo pro Tag rd. 12.000 Besucher aus ganz Europa teilgenommen haben. Auch diese Veranstaltung ist uns leider aufgrund der doch etwas schwachen Aktivitäten in dieser Richtung "durch die Lappen gegangen"!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte nun den Vorsitz abgeben!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Freund Koll. Payrleithner! Mich freut es, daß Du für Deine Fraktion mittlerweile zum "Rundumsprecher" geworden bist - daß kann die Aktivitäten des GR nur beleben und ich habe auch gerne Deine Repliken an die anderen Kollegen mitgemacht, obwohl der Herr Vorsitzende Eurer Fraktion meint, es gehört nicht ganz zur Tagesordnung, wenn Du das machst. Aber wir sind ja demokratisch und sollten

uns wirklich keinen Maulkorb umhängen.

Ich möchte sagen, "rasche Erledigung" bei dieser Subvention ist eigentlich nicht zutreffend. Ich darf daran erinnern, daß es um die Jahres-Subvention geht und daß Juli ist. Wir sind bereits in der 2. Jahreshälfte und haben jetzt erst diese Subvention beschlossen. Ich muß feststellen, daß beim Museum Arbeitswelt "der Hut brennt" und daß ein Abgang von 700.000 S aus dem Vorjahr noch offen ist. Der Kulturausschuß hat sich meines Wissens damit beschäftigt; dieses "Finanzloch" verschwindet in Wirklichkeit nicht dadurch, weil wir es momentan noch nicht einer Sanierung zugeführt haben. Ich glaube, wir sollten uns mit dieser Materie schnell beschäftigen, weil sonst in der Zwischenzeit natürlich noch Finanzierungskosten auflaufen, die uns dann auch wiederum serviert werden. Denn woher sonst soll das Geld kommen? Die große Ausstellung "ZEITGERECHT" ist nämlich vom Verein Museum Arbeitswelt abgeschlossen worden unter der Voraussetzung, daß hier gewisse Auslagen bzw. Kosten eben in einem höheren Ausmaß von der Diözese, von der Kirche usw. übernommen werden, als es dann tatsächlich der Fall war. Es hat sich ein bißchen gespießt, weil gew. Kreise in der Kirche offenbar an der Aufarbeitung der christl. Soziallehre einige "Haare in der Suppe" gefunden haben.

Das hat dazu geführt, daß dann der "Finanzhahn" etwas zu bald zuge dreht wurde, worauf hier noch 700.000 S offen sind, die bei uns in Steyr verbleiben. Ich sehe nämlich weit und breit niemanden im Land oder im Bund, der das übernimmt. Ich stelle das nur fest, weil es ein Mühlstein ist - ein kleiner allerdings, aber immerhin um unseren Hals - und weil ich weiß und überzeugt davon bin, daß das Museum Arbeitswelt ein Platz ist, wo Kultur stattfindet, wo das Leben schon spürbar ist und pulsiert, wo viele Veranstaltungen stattfinden, wo viele Menschen aus Steyr, aber auch außerhalb von Steyr, gerne hinkommen, und es ist ein guter Platz für die Kultur geworden, der nicht wegzudenken ist.

Ich breche daher heute bei dieser Gelegenheit eine Lanze dafür, daß wir auch versuchen, die Finanznöte dieses Vereines zu bereinigen. Diese Bitte geht an den ganzen GR und speziell natürlich an den Hr. Kulturreferenten. Das zum einen. Zum zweiten - das Oldtimer-Museum ist nicht gestorben, Koll. Payrleithner. Dagegen verwehre ich mich sehr! Ich habe letzten Endes vorgeschlagen, daß wir es machen sollen, und wir hatten eine ziemlich tiefschürfende Debatte im StS zu diesem Thema. Eine andere Ausstellung ist auch noch zur Diskussion gestanden, die Du wahrscheinlich ausgesprochen hast - wir haben uns eigentlich dafür entschieden, daß

vor allen Dingen dieses Oldtimer-Museum (also ein Museum mit Produkten, die die Region einmal ernährt haben) spezifischer für Steyr ist, als vielleicht manches andere. Man kann unterschiedlicher Meinung sein; es ist wahrscheinlich so, daß beides geschieht.

Wir haben mittlerweile nicht geschlafen, sondern uns bemüht, hier die Dinge in Bewegung zu bringen und zu halten. Es ist von mir ein Auftrag an den Verein Museum Arbeitswelt ergangen, die sich damit beschäftigen, um hier eine Studie zu unterbreiten, die - ich glaube - nicht mehr als rd. 40.000 S kosten wird, was für solche Dinge verhältnismäßig billig ist. Ich bin froh, daß hier Fachleute (Museumsarchitekten usw.) mitarbeiten und uns zur Hand gehen. Es ist allerdings so, daß im Kulturausschuß eine kontroversielle Diskussion stattgefunden hat. Ich wußte nicht, daß der Kulturausschuß möglicherweise anderer Meinung ist. Ich wollte eigentlich das Projekt vorantreiben! Die haben begonnen zu arbeiten, wir werden diese Studie auch bekommen. In der Zwischenzeit wäre es klug, nicht nur ein Automuseum zu machen, denn Automuseen gibt es eigentlich schon verhältnismäßig viele. Was wir wollen, ist in Wahrheit, die Oldtimer (PKW, aber auch LKW), die in Steyr industriell gefertigt wurden, aufzustellen in einem solchen Museum. Aber es sollen nicht nur 22 oder 30 solcher

Ausstellungsstücke hergezeigt, sondern alle industriellen Produkte (vielleicht dieses Jahrhunderts oder noch weiter zurück) dort präsentiert werden. Das soll bis in die Gegenwart gehen, sodaß auch Exponate der gegenwärtigen Produktion in den Steyrer Industriebetrieben gezeigt werden könnten. Also eine Art Industrie-Center. Das würde viel zeitgemäßer, umfassender sein und würde dem Steyrer, aber auch dem Besucher unserer Stadt, die Gelegenheit geben, sich in kurzer Zeit ein umfassendes Bild zu machen, wovon diese Region im Industriebereich lebt. Das würde auch die Chance mit sich bringen, daß große Unternehmungen in unserer Stadt Interesse finden würden und als Sponsoren auftreten könnten, weil auch ihre Produkte der Gegenwart bei dieser Schau präsentiert werden könnten. Ich hoffe, daß diese Überlegung und Konzeption auch hier in der weiteren Diskussion im Kulturausschuß, bei den Kulturinteressierten, im Beirat bzw. im GR Zustimmung findet. Ich meine, wir sollten in Richtung "Landesausstellung 1998" Konzeptionen entwickeln und sie auch einer Realisierung zuführen. Das wäre eigentlich das gewesen, was ich dazu sagen wollte. Im übrigen bitte ich, daß wir diesem Antrag, den Vbgm. Dr. Pfeil gebracht hat, die Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz wieder und darf fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt? Hr. DI Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Nachem wir also gesehen haben, daß sich dieser Bereich Wehrgraben um FAZAT, Museum Arbeitswelt immer weiter zu einem Zentrum musealen Charakters und auch Gründer-, Ansiedlerzentrum mit entspr. Infrastruktur und Besucherzahlen entwickeln wird, ist es sicherlich notwendig, ganz vehement darauf hinzuweisen, daß wir uns selbstverständlich für diesen Bereich dann entspr. Zu- und Abfahrten überlegen müssen. Ich bin dringend dafür, daß man sich frühzeitig bereits - neben den baulichen Gegebenheiten - auch mit der Verkehrsfrage, der Lösung dieser Verkehrsproblematik und der Parkmöglichkeiten beschäftigen wird, die ja nach ersten Überlegungen irgendwie integriert werden sollen in diesen musealen Trakt.

Die Zu- und Abfahrt sollte aber möglichst schonend für die ansässige Bevölkerung durchgeführt werden. Da muß sicher dringend etwas getan werden!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Herr Koll. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! Das Museum Arbeitswelt ist sicherlich für Steyr eine große Bereicherung gewesen - speziell zu Beginn mit der ersten Ausstellung. Wir glauben aber, daß wir künftige Subventionen davon abhängig machen und ableiten müssen, daß ein wirklich museums-pädagogisches Konzept erstellt wird. Wir glauben, daß dort interessante Wechselausstellungen stattfinden sollen, und wir glauben auch, daß wir die Kosteninflation, die doch sehr galoppierend ist (der Hr. Bgm. hat das erwähnt, es sind noch 700.000 S aus einer vergangenen Ausstellung offen) irgendwo in den Griff bekommen müssen.

Wir haben daher in Fraktionsvorsitzenden-Besprechungen eine klare Aufstellung, Überprüfung der Personalkosten und eine entspr. Benachrichtigung gefordert. Mir fehlt noch immer diese Information der Fraktion durch die Geschäftsleitung Fr. Mag. Heger. Sie hat wohl schriftlich dazu Stellung genommen, gewünschte Einsparmaßnahmen durchzuführen, allerdings kann ich mich mit diesen Vorschlägen und Berichten nicht einverstanden

erklären. Es steht z. B. drinnen, wenn man die Öffnungszeiten begrenzen würde von Mo bis Fr und den Veranstaltungsbereich einstellt in dieser Zeit, dann könnte man drei Dienstposten und rd. 1 Mill. S einsparen. Weiters bestünde die Möglichkeit, im Bereich Archiv und wissenschaftl. Betreuung diesen aufzulassen, ein halber Dienstposten wird eingespart (rd. 150.000 S).

Ich glaube, man sollte überprüfen und die Unterlagen auch vorlegen, inwieweit hochqualifizierte Mitarbeiter und - ich glaube - auch ganz gut bezahlte Mitarbeiter bei anderen Vereinen bzw. Institutionen mitarbeiten und vom Museum aus bezahlt werden. Dann würde sich unserer Meinung nach sicherlich eine gew. Einsparung ergeben. Auf jeden Fall würden wir noch um dringende Aufklärung bitten von seiten der Fr. Mag. Heger.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall; dann bitte ich um das Schlußwort von Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der gleichen Meinung wie meine Vorredner - das Museum Arbeitswelt ist ein kleines Problem. Ich bin auch dafür, daß das Museum

Arbeitswelt unbedingt erhalten bleiben soll. Insbesondere in der Anfangszeit hat es sehr viel an Eigeninitiative, Eigenengagement und Eigenwissen eingebracht. Die Dienstposten sind auf 13 1/2 angestiegen und die Kosten sind ihnen davongelaufen; wobei wir in einem Kulturausschuß, der unten im MAW stattgefunden hat, gemeinsam gesagt haben, wir wollen ein wirtschaftliches und ein inhaltliches Konzept für die Zukunft des MAW.

Wirtschaftlich, wie Kollege Schloßgangl es gesagt hat, kam eine Antwort, die für uns nicht befriedigend sein kann. Es kann nicht sein, daß man das Museum Sa und So schließt - das ist inakzeptabel. Inhaltlich ist für den Kulturausschuß und bes. für mich als Kulturreferent auch nicht akzeptabel, wenn man mit diesem Menschenpotential von 13 1/2 Angestellten 3 Jahre lang eine zugekaufte Ausstellung laufen läßt (wie jetzt diese Computer-Ausstellung). Das muß man auch einmal öffentl. sagen, so wertvoll das gesamte Museum auch ist! Aber die Stadt darf und soll nicht nur als "Melkkuh" herangezogen werden, wenn eine Ausstellung nicht den gewünschten Erfolg - auch in finanzieller Hinsicht - bringt. Dann muß man sagen, meine Herrschaften, auch von Ihnen wollen wir inhaltlich und wirtschaftl. neue Konzepte. Jetzt geht es einmal um die Jahres-Subvention, und da bitte ich, zuzustimmen.

Zum Automobil-Museum. Wir haben hier wirklich eine kontroverſielle Debatte geführt im StS, weil wir ſchon der Anſicht ſind, daß der Auftrag, der vom Hr. Bgm. an das MAW vergeben worden iſt, eigentlich von jemand anderem gemacht hätte werden ſollen. Man kann ja nicht denjenigen beauftragen, der es ſelber machen will! Das widerſpricht ſich etwas meiner Meinung nach. Darum wäre es vielleicht beſſer gewesen, einen echten, unabhängigen Muſeumsexperten dafür heranzuziehen, daß er ein Automobil-Museum für die Stadt Steyr entwirft.

Das wär's. Ich bitte um Zuſtimmung für die Jahres-Subvention MAW.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Danke ſehr. Wir werden hier noch einige Diskuſſionen abzuführen haben; ich möchte nur bemerken, wenn ich das richtig im Kopf habe, iſt das Budget des MAW 11 Mill. S im Jahr. Wir bezahlen 1 Mill. S, alſo bezahlen andere 10 Mill. S!

STADTRAT KARL HOLUB:
Oder auch nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Wir müſſen die Budget-Situation dieſes Vereines beobachten. Alles, was dort unten biſher paſſiert iſt, war nur möglich, weil übergeordnete Gebiets-

körperschaften ſehr eſſentielle Anteile finanziert haben. Ich möchte nicht in die Situation kommen, wie es mir ſchon einmal paſſiert iſt, daß mich die Herren der Oö. LR fragen, ob wir das haben wollen, dieſes Muſeum in Steyr. Natürlich wollen wir es haben!

Alle, die ſich mit Finanzen beſchäftigen - es ſind ja nicht allzu viele, aber immerhin gibt es ſie Gott ſei Dank -, wiſſen, daß hier immer dieſes Spiel "der Hase und der Igel" zwiſchen den Gebietskörperschaften läuft - alſo Bund, Land und Gemeinde. Daher ſage ich es noch einmal - jetzt iſt Juli, wir haben ein "Finanzloch", ich bin gerne bereit, jede Debatte zu führen und jede Information zu diſkutieren, ich möchte nur gerne haben, daß wir das auch zu einem Abſchluß bringen und nicht in der Luft hängen laſſen.

In dieſem Sinne kommen wir zur Abſtimmung, meine Damen und Herren. Wer für dieſen Zuſchuß für das MAW eintritt, wie das von Hr. Vbgm. Dr. Pfeil vorgeschlagen wurde, den bitte ich um ein Zeichen der Zuſtimmung. Danke ſehr. Iſt jemand dagegen? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag iſt einſtimmig angenommen. Gratuliere, Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-POLD PFEIL:

Ich bedanke mich für das MAW. Sie können wieder weiterarbeiten!

Im nächsten Antrag geht es um die Abwicklung der Gastspielsaison 1993/94 im Stadttheater Steyr. Abschluß eines Werkvertrages für 13 Stücke. Die neue Saison ist wunschgemäß vom Publikum her, vom Kulturausschuß her und auch von meiner Seite her mit mehr Fremdproduktionen besetzt worden. Wir haben letztes Jahr schon vermehrt Fremdproduktionen hereingenommen und heuer noch einmal um zwei erhöht. Das Verhältnis ist jetzt 13 Landestheater-Stücke zu 6 zugekauften Fremdproduktionen.

5) K-20/93

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 93/94; Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abgeltung von 13 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1993/94 nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA IX vom 27. Mai 1993 wird genehmigt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entspr. Werkvertrag abzuschließen.

Die Eintrittspreise bleiben gegenüber der vorhergehenden Theatersaison gleich. Schüler, Studenten, Lehrlinge und Präsenzdienster erhalten gegen Vorlage eines entspr. Ausweises eine Ermäßigung von 50 %.

Die Regelung über die Dienstsitze u. dgl. nach dem GR-Beschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten.

Die Pauschalabgeltungen für die Gastspiele des Linzer Landestheaters finden ihre Deckung aus der VA 1/3230/728100.7.

Ich bitte um Zustimmung für diesen Werkvertrag, der diese 13 Landestheater-Produktionen beinhaltet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Koll. Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal in Ihrer Obhut tragen Sie nun dieses traditionelle Angebot des Landestheaters Linz vor. Das läßt mich dazu übergehen, daß eigentl. Ihren Ankündigungen, auch alternatives Theater zu bringen, nicht entsprochen wird. Immer sind es auch die traditionellen Angebote, die hier in unserem Kreis dargestellt werden. Eine Modernisierung in diesem Bereich sehe ich leider nicht!

Was hat sich denn in der Kulturlandschaft geändert? Eigentlich nichts! Obwohl Sie, Hr. Vbgm., immer wieder angekündigt haben, daß sich in Steyr etwas ändern wird. Ihre eigenen Verhaltensweisen haben sich geändert. Wenn ich in der heutigen Steyrer Zeitung einen

Kommentar von Leo Himmelbauer lese: "Politiker, so hoffe ich, sind weiser als andere Menschen - sie müssen die Zukunft vorausplanen. Armes Steyr, wenn der Parteienstreit kein Ende nimmt."

Einen Absatz weiter heißt es dann: "Der Bgm. eröffnete vorige Woche in der Galerie Pohlhammer die Ausstellung 'Italienische Kunst der 60er Jahre'. Der Vbgm. nützte die Gelegenheit, vor den Vernissage-Besuchern vom Bgm. mehr Geld für das Kulturressort einzufordern. Als ob es etwas bringt, Gästen aus Italien die Nöte der Kultur-Politik zu erklären, die in Steyr hinlänglich bekannt sind."

Dazu darf ich auch noch das Stadtstatut zitieren, worin es in § 34 heißt: "In den in die Zuständigkeit des StS fallenden Angelegenheiten sowie in den gem. § 50 übertragenen Angelegenheiten sind die Geschäfte unter der Leitung und nach den Weisungen des nach der Geschäftseinteilung des StS sowie nach § 50 zuständigen Mitgliedes des StS zu besorgen. Die Weisungen sind in der Regel dem Abteilungsleiter zu erteilen. Das nach der Geschäftseinteilung zuständige Mitglied des StS hat den Bgm. zum Zwecke der Koordinierung über die gem. § 32 zu treffenden Entscheidungen oder Verfügungen oder sonstigen Amtshandlungen zu unterrichten, soweit es sich um Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung handelt."

Wenn Sie in aller Öffentlichkeit lamentieren, daß die Kulturpolitik in Steyr in Nöten liegt, so muß ich feststellen, daß Sie als zuständiger Referent offensichtlich nicht in der Lage sind, hier die Kulturpolitik auf Vordermann zu bringen. Sie haben die Kompetenzen über die Kultur in Steyr, so wie beim Verkehr, und können doch eigentl. nichts anderes, als eine lange Verkehrsnase zeigen - wie in der Kultur.

Werden Sie, Hr. Vbgm., endlich so, wie es von Ihnen angekündigt wurde. Leider wurde die Kulturszene in Steyr nicht anders - trotz eines Vbgm. Dr. Pfeil!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte zum Dampfablassen ein wenig Zeit einräumen. Aber das ist nicht der Grund meiner Wortmeldung. Sondern der Grund der Wortmeldung ist der, weil uns ja bekannt ist, daß das Theater in Steyr einen Abgang von etwa 9 bis 10 Mill. S jährlich aufweist - mit steigender Tendenz. Aber - das jetzt aus der Sicht des Finanzreferenten - wir sind Gott sei Dank verschont, ein eigenes Theater unterhalten zu müssen. In wenigen Monaten (im November, um es genau zu sagen) kommt aus unserer Partnerstadt Plauen das dortige

Theater mit zwei Aufführungen nach Steyr. Ich will hier ein wenig auf den Sinn der Städtefreundschaft hinweisen. Aus Gesprächen mit unseren Partnern dort draußen kann man wirklich den Schluß ziehen, daß wir froh sein müssen, daß es so ist. Wir sind also noch einmal halbwegs glimpflich davon-gekommen.

Ich möchte die Kultur-Diskussion jetzt nicht damit bereichern, aufzufordern, ein eigenes Theater zu gründen und eigene Produktionen zu machen. Sondern beißen wir in diesen zwar etwas sauren Apfel, aber wohlwissend, was wir uns dadurch alles ersparen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Nicht mehr der Fall. Dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Hr. Koll. Rohrauer, ich bin froh, daß Sie das angeschnitten haben. Sie bringen es wirklich auf den Punkt. Man gibt in Steyr die Kultur einem pol. anders Gläubigen, aber man läßt ihn nicht arbeiten. Wenn Sie bedenken, welche Kosten - Koll. Zagler hat das gerade angeschnitten - ein modernes Theater bringt, dann sind diese mit den derzeitigen Budget-mitteln nicht möglich. Wir tun, was im Rahmen des Budgets möglich ist. Das tun wir!

Gerade Ihre Koll., Fr. Radmoser, hat uns im Kulturausschuß - Sie sind ja auch drinnen - immer wieder gebeten, auch auf die - dieser Meinung bin ich übrigens auch - traditionelle Theaterkunst nicht zu verzichten. Es muß eben ein ausgewogenes Verhältnis von traditionellen und modernen Theaterbesuchern geben, die wir uns leisten können. Mir wäre es natürl. lieber, wenn wir - das habe ich bei dieser Vernissage gesagt - in Richtung 4%iges Kulturbudget kommen. Das ist auch die Empfehlung des Städtebundes. Weil es auch - wenn Sie das gelesen haben - sehr schöne Untersuchungen gibt, wissenschaftl. belegt, daß (mehr als beim Sport) jeder für die Kultur ausgegebene, investierte Schilling 1,5mal zurückkommt.

Ich hoffe, daß wir gemeinsam - wenn wir im Herbst bei den Budget-Verhandlungen beisammen sitzen - darüber diskutieren werden!

Ich bitte nochmals um Zustimmung für den Werkvertrag mit 19 Gastspielen des Landestheaters Linz. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich möchte nur bemerken, daß natürlich der Kulturausschuß die Freiheit hat und autonom entscheiden kann, welches Kulturprogramm für die Stadt angekauft wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Bezahlen muß es jemand!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Hier wurde die Meinung ver-
treten, daß eine betonierte
Landschaft vorhanden ist, aus
der man nicht heraus kann. Man
kann sehr wohl heraus. Aber es
zeigt sich jetzt, daß man nicht
heraus geht aus den
eingefahrenen Gleisen. Das
spricht eigentlich dafür, daß die
Aktivitäten der Vergangenheit
nicht so schlecht gewesen sind.

Daß jeder mehr Geld möchte, ist
keine Frage. Das trifft aber auf
alle Referenten zu. Es ist nur
nicht möglich, wenn wir uns die
wirtschaftl. Situation und die
Einnahmen-Situation ansehen.
Hier müssen wir uns nach der
Decke strecken und das tun, was
uns geboten erscheint.

Was mir nicht "geschmeckt" hat
bei dieser schönen Galerie, ist,
daß es gerade an die Adresse der
Italiener gegangen ist, die Sie
sowieso nicht verstehen und
Ihnen nicht helfen können. Das
ist ein Beitrag für den GR oder
für die Budget-Debatte - da
würde ich das gerne akzeptieren.
Nur war es hier eine eher - ich
möchte fast sagen -
unnotwendige Vorgangsweise.

Ich möchte jetzt zur Abstimmung
kommen. Wer für den Abschluß
des Werkvertrages mit dem
Landestheater Linz ist, den bitte
ich um ein Zeichen der Zu-
stimmung. Danke. Wer ist da-
gegen? Niemand. Stimment-

haltung wird nicht angezeigt.
Einstimmig beschlossen.

Nächste Berichterstatteerin ist Fr.
Koll. Ehrenhuber. Ich bitte um
die Anträge.

BERICHTERSTATTERIN STADT-
RAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bgm., werte
Damen und Herren des GR! Ich
darf Ihnen heute 4 Anträge zur
Beschlußfassung vorlegen, die
sich alle mit der Erneuerung,
Sanierung bzw. dem Neubau von
Kindergärten beschäftigen, und
ich darf Sie jetzt schon um Ihre
Zustimmung ersuchen.

Beim ersten Antrag geht es um
die Erneuerung der Gruppen-
räume für den Kdg. Wehrgraben.

6) GHJ2-13/93

Kdg. Wehrgrabengasse 83 a;
Erneuerung d. Gruppenraum-
einrichtung (2 Gruppen), 1.
Bauetappe.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA VI v. 28. 5. 1993 werden im
Zusammenhang mit der Durch-
führung von Einrichtungs-Er-
neuerungsarbeiten (2 Gruppen),
1. Bauetappe, nachfolgende Auf-
träge vergeben.

1. Tischlerarbeiten: Fa. Hackl,
Steyr, S 512.485,80 o. M.; Fa.
Staudinger, Steyr, S 123.676,-- o.
M.

2. Elektroinstallationsarbeiten:
Fa. Mitterhuemer, Steyr, S
217.872,37 o. M.

3. Bodenlegerarbeiten: Fa. Leiner,
Steyr, S 65.650,-- o. M.

4. Baumeisterarbeiten: Fa. Hamburger, Steyr, S 40.000,-- o. M.

5. Malerarbeiten: Fa. Frank, Steyr, S 40.000,-- o. M.

6. Sanitärinstallationsarbeiten: Fa. Haas, Steyr, S 32.803,-- o. M.

Gesamterfordernis: S
1,032.487,17 o. M.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,033.000,--
freigegeben.

Die Freigabe erfolgt in Höhe von S 139.000,-- bei der VA-St. 1/2400/614000.6 und S 800.000,-- bei der VA-St. 5/2400/043100.6.

Weiters wird einer Kreditübertragung in Höhe von S 94.000,-- von der VA-St. 5/2400/043100.6 auf die VA-St. 5/2400/010000.7 zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-St. 5/2400/043100.6 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung - wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Beim zweiten Antrag geht es um Instandsetzungsarbeiten und Einrichtungserneuerungen im Kdg. Marxstraße. Es handelt sich hier um die 3. Bauetappe, womit die Sanierung des Kdg. Marxstraße abgeschlossen erscheint.

7) GHJ2-36/93

Kdg. Marxstraße 15; Instandsetzungsarbeiten, Einrichtungserneuerung;

3. Bauetappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI v. 27. 5. 1993 werden im Zusammenhang mit der Durchführung von Instandsetzungs- und Einrichtungs-Erneuerungsarbeiten nachfolgende Aufträge vergeben.

1. Tischlerarbeiten: Fa. Ecker, Steyr, S 777.464,36 o. M.

2. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Baumann, St. Ulrich, S 197.704,54 o. M.

3. Sanitärinstallationsarbeiten: Fa. Wiesmayr, Haag, S 119.430,98 o. M.

4. Wand- und Bodenlegerarbeiten: Fa. Tikal, Wels, S 103.591,35 o. M.

5. Fliesenlegerarbeiten: Fa. Hager, Weyer, S 65.026,-- o. M.

6. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, S 67.500,-- o. M.

7. Baumeisterarbeiten: Fa. Hamburger, Steyr, S 40.000,-- o. M.

8. Fensterlieferung: Fa. Reform,
Steyr, S 10.000,-- o. M.

9. Spenglerarbeiten: Fa. Wittner,
Steyr, S 25.000,-- o. M.

Gesamterfordernis: S
1,405.717,23 o. M.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von

S 1,406.000,--

freigegeben.

Die Freigabe erfolgt in Höhe von
S 500.000,-- bei der VA-St.
5/2400/010000.7 und

S 778.000,-- bei der VA-St.
5/2400/043100.6.

Weiters wird einer Kredit-
übertragung in Höhe von S
128.000,-- von der VA-St.
5/2400/043100.6 auf die VA-St.
5/2400/010000.7 zugestimmt.

Die Deckung dieser Kredit-
übertragung hat durch die VA-St.
5/2400/043100.6 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der
Magistrat der Stadt Steyr gem. §
47 Abs. 5 des Statutes für die
Stadt Steyr zum sofortigen Voll-
zug dieses Beschlusses er-
mächtigt.

Ich ersuche Sie, der Vergabe der
Aufträge zuzustimmen und dafür
einen Betrag von 1,406.000,-- bei
den angeführten VA-St. frei-
zugeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort
gewünscht? Nicht der Fall. Wir
kommen zur Abstimmung. Wer
für diesen Antrag ist, den bitte
ich um ein Zeichen der
Zustimmung. Danke. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen werden nicht
angezeigt. Einstimmig.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-
HUBER:

Bei meinem dritten Antrag geht
es um die Sanierung des Caritas-
Kindergartens Wieserfeld und die
Freigabe des zweiten Teil-
betrages gem. GR-Beschluß vom
15. 10. 1992 in der Höhe von 1
Mill. S.

8) Ha-3957/92

Stadtpfarre St. Michael;

Sanierung d. Caritas-Kin-
dergartens Wieserfeldpl.;

Subvention - 2. Jahresrate.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA V v. 21. 5. 1993 wird der 2.
Teilbetrag der mit Beschluß des
GR v. 15. 10. 1992 gewährten
Subvention in Höhe von

S 1,000.000,--

bei der VA-St. 5/2400/777000.0
freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der
Magistrat der Stadt Steyr gem. §
47 Abs. 5 des Statutes für die
Stadt Steyr zum sofortigen Voll-
zug dieses Beschlusses er-
mächtigt.

Ich ersuche auch hier um Ihre
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung
gewünscht? Nicht der Fall. Wer
ist für diesen Antrag? Danke. Ist

jemand dagegen? Niemand.
Stimmenthaltungen? Keine.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Mein vierter und letzter Antrag betrifft den Neubau des Kdg. Fabriksinsel. Es geht um die Vergabe von Teilaufträgen. Der Antrag lautet:

9) Bau5-5300/92

Kindergarten Fabriksinsel - Tischlerarbeiten;
Einrichtung; Vergabe d.
Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 14. 6. 1993 wird im Zusammenhang mit dem Ausbau des Kindergartens Fabriksinsel folgenden Teilauftragsvergaben zugestimmt:

Tischlerarbeiten und Einrichtungsgegenstände: Fa. Schmiderer & Schendl, Salzburg, netto S 266.995,21; Fa. Staudinger, Steyr, netto S 333.163,48; Fa. Hackl, Steyr, netto S 109.996,19

Gesamtsumme: netto S 710.154,88

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von netto

S 710.155,--

bei VA-St. 5/2400/043100.6 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Gibt es Wortmeldungen dazu? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Ich danke Fr. Koll. Ehrenhuber und ersuche den nächsten Berichterstatter, StR Roman Eichhübl, um seinen Vortrag.

Ich gebe den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Wie aus der Tagesordnung hervorgeht, habe ich Ihnen 3 Anträge aus dem Bereich der Stadtwerke zur Beschlußfassung vorzulegen und darf mit dem ersten beginnen.

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Erdgasversorgung im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Steyr soll im Südosten unserer Stadt das dort liegende Gebiet der Waldrandsiedlung sukzessive mit Erdgas aufgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß die dort bereits seit 40 Jahren liegenden Rohrleitungen für die Wasserversorgung entspr. alterungsbedingte Rosterscheinungen aufweisen. Um Wiederaufgrabungen zu vermeiden, soll

daher diese Wasserleitung in eine gemeinsame Künette verlegt werden. Hinzuzufügen wäre noch, daß für die künftige Wasserversorgung diese dort liegenden Rohre sowieso zu klein dimensioniert wären.

Ich darf noch hinzufügen, daß - nachdem noch 5 weitere Hauseigentümer in diesem Bereich einen Erdgasanschluß gewünscht haben - ein zusätzl. (so geht es auch aus dem Amtsbericht hervor) 250 m langer Versorgungsstrang verlegt werden soll.

Hier möchte ich erwähnen, daß dies doch für eine gew. Flexibilität der Stadtwerke spricht, daß im Bereich der Waldrandsiedlung noch heuer im 1. Bauabschnitt insgesamt 40 Hausanschlüsse geschaffen werden. Aus diesem Grund ergeht der Antrag des StS an den GR:

10) ÖAG-90/93

Stadtwerke

Erdgasaufschl. Waldrandsiedlung - 1. Teil; Verlegung der Versorgungsleitungen - Erneuerung der Trinkwasseranschlußleitung Pumpwerk Waldrandsiedlung; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der StW vom 15. 6. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 1. Teil, sowie der Verlegung der Versorgungs-

leitung zum Trinkwasserpumpwerk Waldrandsiedlung nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauarbeiten: Fa. Illma BaugesmbH, Steyr, S 2,446.718,— (excl. USt)

2. Ankauf der Absperrorgane, Armaturen und Installationsmaterialien: Fa. Höller Eisen, Gmunden, S 47.427,— (excl. USt)

3. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof, S 6.000,— (excl. USt)

Die zur Verlegung gelangenden Sphärogußrohre sollen aus dem mit Beschluß des GR v. 4. 3. 1. J. genehmigten Rohrlager des Gas- und Wasserwerkes entnommen werden.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir vorgetragenen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag, den ich vorzutragen habe, betrifft die Neuverlegung von Erdgas- und

Trinkwasserversorgungs-Leitungen.

Aufgrund der rationellen Verwendung von Erdgas zur Deckung des Wärmebedarfes liegen den Stadtwerken mehrere Ansuchen zum Bezug von Erdgas aus dem Leitungsnetz der Gaswerke Steyr vor. Es soll daher im Bereich des Steinwändweges ein Versorgungsstrang in einer Länge von ca. 130 lfm verlegt werden. Im Bereich der Klosterstr. sollen durch die Verlegung eines ca. 90 m langen Versorgungsstranges zwei Wohnobjekte versorgt werden. Und in der Arbeiterstr. soll die verlegte Versorgungsleitung um ca. 50 m verlängert werden, damit dann auch das Gebäude neben dem Sportplatz ASV Bewegung mit Erdgas versorgt werden kann. Weiters sollen durch die Verlegung eines ca. 50 lfm langen Stranges in der Angererstr. zwei Objekte versorgt werden. Im Bereich des bereits erwähnten Straßenzuges Klosterstr. sollen auch weitere Trinkwasser-Versorgungsleitungen bzw. eine Leitung mit 90 lfm verlegt werden.

Es wird daher vorgeschlagen, um künftige Wiederaufgrabungen zu vermeiden, daß das sofort geschehen soll. Der Antrag des StS an den GR lautet:

- 11) OAG-91/93
Stadtwerke
Neuverlegung v. Erdgas- u.
Trinkwasserversorgungs-
leitungen in div. Straßen-

zügen im Versorgungsbereich d. Stadtwerke Steyr;
Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der StW vom 15. 6. 1993 wird im Zusammenhang mit der Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungs-Leitungen in div. Straßenzügen im Versorgungsbereich der StW Steyr nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauarbeiten: ARGE Fa. Egger GesmbH, Fa. Nograsek, Steyr, S 635.780,-- (excl. USt)

2. Ankauf der Rohrmaterialien für die Trinkwasserleitung: Fa. Höller Eisen, Gmunden, S 14.780,-- (excl. USt)

3. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof, S 4.000,-- (excl. USt)

Die zur Verlegung gelangenden Sphärogußrohre sollen aus dem mit Beschluß des GR v. 4. 3. 1. J. genehmigten Rohrlager des Gaswerkes entnommen werden.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht zu Punkt Nr. 11) das Wort? Niemand. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der dritte und letzte Antrag aus meinem Bereich, den ich Ihnen vorzutragen habe, betrifft ebenfalls Erdgasaufschließungen - und zwar den dritten Teil in der Neuschönau.

Hier heißt es im Amtsbericht, daß im Zusammenhang mit dem Ausbau der Erdgasversorgung im Stadtteil Neuschönau im diesjährigen 3. Bauabschnitt in den Straßenzügen Mittelstr., Neubastr., Marienstr., Bahndammstraße und Jenschkestr. Niederdruckversorgungsleitungen in einer Gesamtlänge von ca. 1.400 lfm. verlegt werden sollen.

Zur Vermeidung von Wiederaufgrabungen soll nunmehr im Bereich der Bahndammstr. mit der Erdgasleitung ein Trinkwasserversorgungsstrang in einer Gesamtlänge von 400 lfm mitverlegt werden, um mittelfristig die bestehende Trinkwasserleitung außer Betrieb nehmen zu können. Das ist ja aufgrund der Verlegung dieser Erdgasleitungen notwendig.

Ich darf weiters berichten - das steht im Amtsbericht nicht drinnen -, daß es ursprüngl. 32 Anschlüsse in der Neuschönau gewesen wären. Nachdem aber 15 weitere Interessenten auch versorgt werden können, wenn Sie diesem Antrag heute die Zustimmung geben, sind es dann

insgesamt 47, die heuer im Bereich der Neuschönau mit Erdgas versorgt werden können. Der Antrag des StS an den GR lautet:

12) ÖAG-92/93

Stadtwerke

Erdgasaufschließg. Neuschönau 3. Teil - Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges in der Bahndammstr.; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der StW vom 15. 6. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Neuschönau, 3. Teil, und der Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges in der Bahndammstr. nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauarbeiten: Bietergemeinschaft Fa. Hamberger Ges. mbH und Negrelli GesmbH, Steyr, S 2.095.610,-- (excl. USt)

2. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof, S 5.000,-- (excl. USt)

3. Ankauf der Rohrmaterialien für die Trinkwasserleitung: Fa. Höller Eisen, Gmunden, S 62.040,- (excl. USt)

Die zur Verlegung gelangenden Sphärogußrohre sollen aus dem mit Beschluß des GR v. 4. 3. 1. J. genehmigten Rohrlager des Gaswerkes entnommen werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, über diesen dritten Antrag, der von mir vorgetragen wurde, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! In meinem roten Buch steht noch immer eine Vormerkung. StR Eichhübl ist nämlich vorgemerkt, uns bzw. mir am 14. Oktober im Kommunalausschuß und am 28. Oktober im GR berichten zu dürfen, wie die Anschlußzahlen der Erdgasaufschließung in Garsten aussehen. Vielleicht notierst Du Dir das noch einmal, damit das nicht in Vergessenheit gerät.

Sie werden sich jetzt vielleicht fragen - vor allem jene, die damals nicht so aufmerksam der Sache gefolgt sind -, was Garsten mit Punkt Nr. 12) "Erdgasaufschl. Neuschönau" zu tun hat. Sehr viel, denn es hätte sowohl den Punkt Nr. 10) "Erdgasaufschl. Waldrandsiedlung" als auch den Punkt Nr. 12) "Erdgasaufschl. Neuschönau" heuer nicht gegeben, hätte man die Erdgasaufschließung Garsten lt. dem von StR Eichhübl und den Dir. des Versorgungsbetriebe-Verbundes gemäßen Vorschlag durchgeführt.

Dank dem Engagement seinerzeit durch Bgm. Leithenmayr und durch das Finanzreferat wurde es ermöglicht, daß diese städt. Bereiche aufgeschlossen werden. Ich möchte neuerlich in den Raum stellen, daß in erster Linie die Steyrer für die Steyrer die Leistungen erbringen. Wenn es die Kapazitäten ermöglichen, sind klarerweise auch die Umlandgemeinden aufzuschließen.

In diesem Zusammenhang, Roman, auch hier die Einladung, das Konzept für St. Ulrich durch Deine Direktoren einmal vorlegen zu lassen - ein mittelfristiges Investitionskonzept. Es ist wirklich schon mehr als peinlich - um nicht zu sagen widerlich -, mit welchen Unterwürfigkeitsgesten sich Bgm. Well an die Stadtwerke wenden muß, um hier die Erweiterung auf das Konzessionsgebiet St. Ulrich zu erreichen.

Einem "Trapezakt" sondergleichen ist es zu verdanken, daß zumind. einmal einige wenige Siedlungswerber und Hausbauer in stadtnahen Gebieten Steyrs, sprich im Gemeindegebiet St. Ulrich, angeschlossen werden können.

Ich bitte Dich daher, lade Dich ein und werde Dich auch gerne unterstützen, daß wir hier diese Konzeptionen vorlegen und nicht irgendwelche "Trapez- oder Drahtseilakte" machen müssen, die schon am Rande der Legalität liegen, um Siedlungswerbern auch unser Gas, das durch unsere Netze geht, verkaufen zu können.

Klarerweise werden wir auch diesem Antrag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall; dann bitte ich um das Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aufgrund der Wortmeldung vom Koll. Zagler ist natürl. einiges zu sagen, wenn nicht zu ergänzen. Wenn Du die Situation der ErdgasaufschlieÙung Garsten angesprochen hast, so glaube ich, durchaus sagen zu können, daß wir eine gemeinsame Lösung gefunden haben. Ich sage deswegen gemeinsam, weil es mir nicht darum geht, mir ein "Federl", womöglich ein blaues, auf den Hut zu stecken.

Aber ich glaube doch, daß aufgrund der anfänglichen Schwierigkeiten, die ich gehabt habe in bezug auf die ErdgasaufschlieÙung Garsten - wobei ich natürl. davon ausgegangen bin, daß das nicht zum Nachteil der Steyrer Anschlußwerber geschehen kann -, ich doch recht gehabt habe. Und zwar deshalb, weil ja das Gebiet Garsten zum Konzessionsgebiet der Stadtwerke Steyr gehört. Daher ist eine Verpflichtung vorhanden, dieses Konzessionsgebiet mitzubetreuen. Das zum einen.

Zum anderen. Was die von Dir erwähnten Anschlußwerber aus

St. Ulrich betrifft, so kann ich sagen, daß ich darüber informiert bin. Ich war bei einigen Gesprächen dabei. Wobei allerdings der Unterschied zw. Garsten und St. Ulrich der ist, daß das nicht im Konzessionsgebiet der Gaswerke liegt. Daher ist eine rechtl. Lösung anzustreben. Aber es wird sicherlich nicht an meinem Widerstand liegen - im Gegenteil. Ich bin natürl. interessiert, nachdem ja auch aus wirtschaftl. Überlegungen heraus die Ware "Erdgas" angeboten werden soll. Ich habe schon mehrmals (auch von dieser Stelle aus) gesagt, daß - wenn man wirtschaftl. überlegt und auch den Umweltgedanken miteinbezieht - man nicht so unklug sein kann und eine Ware, die sich gut verkaufen läßt, vom Warentisch nimmt.

Abschließend darf ich sagen, daß die Einnahmen zu einem nicht unerheblichen Teil - nämlich die Einnahmen aus dem Erdgasverkauf - dem öffentl. Verkehr zugute kommen. Das sei auch nur am Rande bemerkt.

Damit bin ich schon fast am Schluß meiner Ausführungen. Deine Vormerkung im roten Buch - vielleicht ist es einmal möglich, daß es ein blaues Buch wird - habe ich natürl. auch. Du hast das heute so dargestellt, daß ich das auch wirklich so auffasse, wie Du es gemeint hast. Du hast es das erste Mal zwar etwas polemischer gesagt mit Deiner Vormerkung. Aber das sei nur am Rande bemerkt.

Natürlich bin ich interessiert daran, die von Dir gewünschten Zahlen zu nennen, weil es auch in meinem eigenen Interesse liegt. Und ich bin überzeugt davon, daß wir uns alle miteinander, wenn ich diese Zahlen nenne, nicht schämen müssen - auch Dich als Referent miteinbezogen.

VICEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

Danke für den Vortrag. Wir unterbrechen nun die Sitzung für 5 Minuten Rauchpause.

PAUSE VON 15.45 BIS 15.56 UHR

VICEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Nächster Berichterstatter ist StR Karl Holub. Ich bitte ihn, seine Anträge vorzulegen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Das mache ich von Herzen gerne; ich hoffe auch, daß es mir gelingt, die Aufmerksamkeit wieder zu erreichen.

Nachdem der "Watschentanz" Zagler - Eichhübl kurzfristig durch die Pause beendet wurde, ist die Überleitung nach der histor. Betrachtung zum Antrag, den ich zu stellen habe, absolut naheliegend. Es geht um das histor. Stadtbild von Steyr. Die SAT hat das Hochregallager errichtet, und man hat ihr 1,5 Mill. S als Beihilfe für die Wahrung des Stadtbildes zugesagt.

Ich habe die Aufgabe, die 2. Beihilfenrate von 500.000 S zu erbitten; ich mache das nicht ohne die Nebenbemerkung, daß zwar das Stadtbild durch die Gestaltung des Hochregallagers ganz bedeutend weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde als es ursprüngl. der Fall war, möchte aber trotzdem anmerken, daß wir noch 2 Positionen mitten im Stadtkern haben, die noch immer kritikwürdig sind. Ich wurde vorhin auf das "Auto im Fluß" angesprochen - dazu schließt sich nahtlos der "Mensch im Fluß" an. Beide sind im Stadtbild für den einen oder anderen nicht ganz verständlich. Das Auto im Fluß ist jedenfalls unverständlich, der Mensch im Fluß kritikwürdig bzw. diskutierbar. Aber das Auto im Fluß muß meiner Meinung nach heraus, denn so kann es nicht sein. Übermorgen haben wir wahrscheinlich eine Coca Cola-Dose im Bach!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Das ist ein Pilot-Projekt für das Oldtimer-Museum.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich glaube jedenfalls, hier wäre der GR der Stadt Steyr sehr gut beraten, nicht nur meinem Antrag über 500.000 S für die SAT zuzustimmen, sondern auch für die Entfernung des Fahrzeuges Sorge zu tragen. Das müßte nicht einmal etwas kosten. Ich bitte um Zustimmung zur Freigabe von 500.000 S für die SAT.

13) Ha-6877/91

SAT - Steyr Antriebstechnik - Errichtung eines Hochregallagers; Förderung von Mehraufwand für Gestaltungsmaßnahmen zur Erhaltung des Ortsbildes, 2. Rate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 6. 1993 wird der Finanzierung des Mehraufwandes zur Endgestaltung des Hochregallagers der SAT - Steyr Antriebstechnik, mithin der Gewährung einer 2. Beihilfenrate von

S 500.000,--

zugestimmt und dieser Betrag bei VA-St. 5/3630/776000.2 freigegeben. Die Bewilligung der restl. Beförderungsmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. Dr. Pfeil gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme den Punkt Nr. 13) der Tagesordnung auch zum Anlaß, eine Bemerkung zu machen.

Auch hier ist das Stadtbild durch die Einflüsse des Gestaltungsbeirates bewahrt worden bzw. die Auswirkungen sind nicht so groß ausgefallen. Aber wir haben in diesem Bereich von der Fa. SNF eine Schornstein-Anlage, die weithin über das Stadtbild sichtbar ist. Vielmehr noch als dieses Hochregallager!

Daher werde ich nicht müßig, zu verlangen und zu bitten, daß endlich für den Gestaltungsbeirat Richtlinien erlassen werden, daß für die Vergabe von orts- und stadtbildverändernden Bauten der Gestaltungsbeirat sicherlich einzubeziehen ist. Es kann nicht sein, daß es für das Hochregallager ein JA gibt und für den hohen Kaminbau ein NEIN!

Alle Bauten im Altstadt-Bereich gehören natürl. auch in den Gestaltungsbeirat - zwingend! Selbstverständlich auch alle Bauten der öffentl. Hand und solche Bauten, die ein gew. Volumen haben - sowohl von der Baumasse, vom Baukörper her als auch von der finanziellen

Größe. Diese gehören meines Erachtens zwingend in den Gestaltungsbeirat.

Wir warten immer noch dringend auf diese Richtlinien für die Vergabe in den Gestaltungsbeirat.

Zum "Auto im Fluß" - hier bin ich auch derselben Meinung. Ich war bestürzt - wir haben über Fluß-Sauberhaltung für das Ortsbild gesprochen, und dann sehen wir 2 Tage vor dem Stadtfest plötzlich so ein Auto mit Motor im Fluß stehen. Laut Auskunft der Bezirksverwaltungsbehörde, für die ich ja zuständig bin, hat dort niemand angesucht. Das soll von der Wasserbehörde des Landes genehmigt worden sein. Da haben wir von der Stadt Steyr keinen Einfluß. Auch der "Mann im Fluß" ist leider von der Wasserbehörde für weitere 2 Jahre genehmigt worden. Ich sag's wie es ist! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke für diesen Beitrag. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte sehr.

STADTRAT KARL HOLUB:

Nachdem Hr. Dr. Pfeil die stadtbilderhaltenden Aufgaben angesprochen hat, möchte ich schon noch erwähnen, daß es selbstverständlich so ist, daß an Richtlinien bzw. an Vorgaben für den Gestaltungsbeirat diskutiert wird. Das müßten Sie eigentlich

ganz genau wissen, daß dies nicht Ihre Forderung von jetzt und auch nicht von früher ist, sondern daß man ohnehin darüber diskutiert. Auch über die Inhalte! Ich erinnere Sie auch an die versch. Aussagen dazu im StS!

Ich glaube, man sollte wirklich nicht überall und immerzu sagen, "ich mache Steyr" und das geschieht jetzt so! An sich sind ja die Dinge, Hr. Dr. Pfeil, wirklich im Werden und im Laufen. Die Richtlinien für den Gestaltungsbeirat, insbes. für die Inhaltsanreicherung desselben, werden sicherlich erarbeitet. Dem Fortgang selbst werden wir durch Wortmeldungen hier nichts Wesentliches hinzufügen.

Über die Schornstein-Anlage der SNF zu diskutieren, wenn diese steht, scheint mir auch eine eigentümliche Vorgangsweise zu sein. Sind wir froh, daß SNF gebaut hat. Die Arbeitsmarktsituation, die uns der Hr. Bgm. am Beginn jeder GR-Sitzung schildert, ist nicht so rosig, wie wir uns das gewünscht hätten.

Hätte SNF nicht die Investitionen vor Jahren begonnen - ich war auch ein bißchen dabei, die Förderungen herbeizuführen -, dann wäre die Situation, in der der Raum Steyr stünde, heute noch viel, viel schlimmer. Ich würde meinen, daß der Rauchfang mitten im Industriegebiet nicht gar so schlimm ist, als es an der Kante zum Stadtbild das Hochregallager gewesen wäre.

Ich bitte um Zustimmung zur Mittelfreigabe von 500.000 S für das SAT-Hochregallager.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Mein zweiter Antrag betrifft das Ressort APT. Wie Sie alle wissen, gibt es seit geraumer Zeit umfangreiche Sanierungsarbeiten. Eine der Finanzierungsquellen ist ein Althausanierungs-Darlehen im Zusammenhang mit dem Oö. Wohnbauförderungsgesetz. Ich bitte Sie um die Zustimmung zur Aufnahme eines Wohnbauförderungs-Darlehens in Höhe von 3,585.000 S beim Land OÖ mit den damit in Zusammenhang stehenden Rechtshandlungen.

14) Bau5-4177/80

Aufnahme eines Förderungs-
darlehens für den
Umbau des Alten- und
Pflegeheimes Tabor.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, vom 18. Juni 1993 wird der Aufnahme eines Wohnbauförderungs-Darlehens in Höhe von S 3,585.000,-- beim Land OÖ zur Durchführung von Bad- und WC-Sanierungsarbeiten im Alten- und Pflegeheim Tabor

zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wird hiezu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke StR Holub - nächster Berichterstatter ist StR Ing. Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Verehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR!

15) Bau3-242/93

Straßeninstandhaltung '93;
Vergabe der Arbeiten und
Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 8. Juni 1993 wird dem Umfang des Straßenerhaltungsprogrammes 1993 zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH., Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 723.279,12 incl. MWSt übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 570.000,--

bei VSt. 1/6120/611000.9 und

S 155.000,--

bei VSt. 5/6120/002220.1 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

16) Bau3-8182/92

Belagsarbeiten auf der B 122, km 31.982 bis 32.320; Vergabe d. Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 8. Juni 1993 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der B 122, km 31.982 bis km 32.320 an die ARGE Asphalt- u. Beton-BaugesmbH - Zwettler BaugesmbH., beide Steyr, zum reduzierten Anbotspreis von

S 800.000,--

(incl. MWSt.) übertragen.

Die Finanzierung erfolgt von der Bundesstraßenverwaltung direkt an die bauausführende ARGE.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall; wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Keine Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Einstimmig beschlossen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

17) Bau2-4693/92

Bebauungsplan Nr. 60 -

"Krenn-Gründe".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 60 - "Krenn-Gründe" - wird entspr. den Plänen des DI Walter Breinesberger vom 1. Juli 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 15. Juni 1993 nach § 23 Abs. 2 und 3 des Oö. ROG, LGBL. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? Keine Wortmeldungen. Wenn Sie für diesen Antrag sind, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. StR Schloßgangl und ersuche den nächsten Berichterstatter, StR Tatzreiter, um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich habe heute einen Antrag vorzubringen - es geht um Grundkäufe bzw. Wiederzuerückgabe der Grundstücke. Der Antrag des StS an den GR lautet:

18) ÖAG-5808/91

ÖAG-912/89

ÖAG-83/93

Vergabe v. Grundstücken
der "Mühlbauergründe".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat, vom 28. Mai 1993 werden die nachstehend angeführten Grundstücksan- bzw. -verkäufe bewilligt:

Verkauf des Grundstückes 623/12, KG Gleink, im Ausmaß von 987 m² von Herrn Gottfried Hofer, 4407 Steyr-Gleink, Kristallstraße 9, an die Ehegatten Erich und Gerlinde Lehner, 4400 Steyr, Hanuschstraße 16, unter Mitunterfertigung dieses Kaufvertrages durch die Stadt Steyr aufgrund des grundbücherlich eingetragenen Vor- und Wiederkaufsrechtes.

Rückkauf des Grundstückes 623/13, KG Gleink, im Ausmaß von 1.342 m² von Herrn Günther Hladik, 4400 Steyr, Dukartstraße 7, und Weiterveräußerung dieser Liegenschaft an die Ehegatten Günther und Andrea Großauer, 4400 Steyr, Haratzmüllerstraße

126. Die Kosten des notwendigen Stornierungsvertrages zwischen der Stadt und Herrn Hladik hat dieser zu tragen. Die Kosten der Errichtung des Kaufvertrages zwischen der Stadt und den Ehegatten Großauer sind von den Käufern zu tragen.

Zur Auszahlung des Rückkaufpreises in Höhe von S 517.777,-- einschließlich des Anliegerbeitrages zur Fahrbahnherstellung und zur vorläufigen Entrichtung der zur Vorschreibung gelangenden Grunderwerbsteuer in Höhe von S 18.122,-- wird bei der VA-Stelle 5/8400/001000.2 ein Betrag von S 535.900,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Der Verkauf des Grundstückes 623/13 an die Ehegatten Großauer erfolgt mit der Maßgabe, daß die Käufer den Kaufpreis für das Grundstück in Höhe von S 469.700,-- in drei gleichen Jahresraten, beginnend bei Vertragsabschluß, zinsfrei, jedoch gegen Berechnung einer Wertversicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 entrichten können. Zuzüglich zur ersten Kaufpreiskasse sind der Anliegerbeitrag in Höhe von S 48.077,-- und die von der Stadt für den Rückkauf zu leistende Grunderwerbsteuer in Höhe von S 18.122,-- zu entrichten.

Sowohl die Weitergabe des Grundstückes 623/12 von Gottfried Hofer an die Ehegatten Lehner als auch der Verkauf des

Grundstückes 623/13 an die Ehegatten Großbauer erfolgen unter der Bedingung, daß die Käufer binnen sechs Jahren nach Unterfertigung des jeweiligen Kaufvertrages auf der kaufgegenständlichen Liegenschaft ein Einfamilienwohnhaus errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das jeweils grundbücherlich einzutragende Vor- und Wiederkaufsrecht an den Grundstücken vor.

Ich bitte um Zustimmung für diese Grundtransaktionen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke vielmals - wer wünscht das Wort zu diesem umfangreichen Antrag? Keine Wortmeldung wird gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen. Ich danke Koll. StR Tatzreiter und ersuche den nächsten Berichterstatter, StR Dkfm. Zagler, um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Der erste Antrag behandelt den Rechnungsabschluß für das Jahr 1992, der an und für sich vom Materiellen her ein pos. Abschluß ist und gleichzeitig ein negativer. Ein pos. Abschluß deswegen, weil wir durch die im Jahr 1992 eingeflossenen Gewerbesteuer-

Zahlungen von BMW gut davongekommen sind - etwa 160 Mill. S über dem Präliminare. Neg. deswegen, weil wir diese 160 Mill. oder einen großen Teil davon nicht hinüberretten konnten in das bzw. in die Folgejahre. Wir haben einen Großteil dieser Mittel bereits im vergangenen Jahr verbraucht - und zwar durch viele Kreditüberschreitungen, weil sich eben Projekte verteuert haben, weil die Planungen nicht ausgereift genug gewesen sind, weil eben auch manche neue, spontane Dinge dazugekommen sind, die wir finanzieren mußten. D. h. im einzelnen zum Abschluß: Der Rechnungsabschluß hat eine Summe beim o. H. und ao. H. von 1,061 Mrd. o. H. und 394 Mill. ao. H.; insgesamt 1,455 Mrd. Dazu muß man sagen, daß dies ein scheinbar oder fiktiv erhöhter Betrag ist, weil in diesem Betrag durch die Gebarung der Sparkassenfonds-Mittel eigentl. 180.000 Mill. S im ao. H. als Ausgabe drinnen stecken, die diese Summe mehr oder weniger fiktiv aufblähen. Ich darf mir, wenn Sie das gestatten, die Einnahmen - Ausgaben sowohl des o. H. als auch des ao. H. in der Summe bei der Vorlesung ersparen und Sie auf zwei Dinge hinweisen. Erstens auf die Diagramme, die die einzelnen Zahlen verdeutlichen; und vor allem auf eines in diesem sehr dicken Werk - ab Seite 373 beginnen die Erläuterungen aller jener

Positionen, die um höhere Beträge (und zwar in der Höhe von 400.000 aufwärts) von den entspr. Voranschlags-Positionen abweichen und hier anders dargestellt sind. Es ergeht der Antrag an den GR:

19) Buch-7800/92

Rechnungsabschluß '92.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1992 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll) im o. H. von S 1,061.417.715,56, im ao. H. von S 394,260.772,82 - somit insgesamt S 1,455.678.488,38 genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 1992 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 132,444.851,80 und die Bilanz des Versorgungsbetriebe-Verbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von S 140,164.264,61 genehmigt.

Ich bitte, darüber die Diskussion bzw. die Beschlußfassung abführen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Als erster hat sich Hr. Dr. Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen
und Herren des GR! Der

Rechnungsabschluß ist ja - ich habe schon voriges Jahr darauf hingewiesen - praktisch der Vergleich von Soll- und Istzustand und bedarf meines Erachtens hier keiner weiteren bes. Diskussion. Und zwar deshalb, weil ja der Rechnungsabschluß im Ergebnis nur das zeigt, was wir als Einzelpositionen in zahlreichen Beschlüssen, die auch vom Bgm. gegen Ende der Sitzung summenmäßig zusammengefaßt wurden, selbst beschlossen haben.

Ich fürchte nur eines pro futuro. Die letzten beiden Rechnungsabschlüsse haben sich dadurch ausgezeichnet, daß wir ein erhebliches Plus an Gewerbesteuer-Einnahmen verzeichnen konnten und insoferne die Budget-Erwartungen zum Positiven korrigieren mußten oder durften. Wir alle wissen aber, was es mit der Gewerbesteuer für eine Bewandnis hat. Diese so wichtige Gemeindesteuer ist in Wegfall gekommen. Man spricht zwar von versch. Äquivalent-Maßnahmen, wie einer Ausdehnung der LsSt-Pflicht auch auf Freiberufler. Wenn wir uns aber die Struktur in Steyr ansehen, wie wenig Freiberufler-Dienstnehmer es gibt - im Verhältnis zu den Gewerbesteuer-Pflichtigen -, so fürchte ich für die Stadt aus diesem Gesichtspunkt Arges.

Daher wird bei der nächsten Budget-Erstellung sehr wohl auf

diesen Umstand Bedacht zu nehmen sein. Und es wird - im Rahmen des Städtebundes - bei der nächsten Gestaltung des Finanzausgleichs und bei den diesbezügl. Verhandlungen auf die dadurch für unsere Stadt noch schwerer werdende Finanzsituation hinzuweisen sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. StR Eichhübl zu Wort gemeldet - bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Werte Herren Bgm.! Zum vorliegenden Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1992 melde ich mich aus mehreren Gründen zu Wort.

Zum einen - das habe ich bereits in der StS-Sitzung zum Ausdruck gebracht - ist es begrüßenswert, daß bei der Vorlage des Amtsberichtes zu diesem Rechnungsabschluß 1992 eine grafische Darstellung der Budget-Entwicklung - sowohl des o. H. als auch des ao. H. - sehr pos. zu vermerken ist.

Zum anderen fehlt aber meiner Meinung nach in diesem Amtsbericht eine entspr. Übersicht, wie es bisher war. In der eben darauf hingewiesen wird, warum entspr. Budget-Ausweitungen - sowohl im o. H. als auch im ao. H. - gemacht wurden.

Ich darf darauf hinweisen - ohne jetzt näher auf das Zahlenwerk einzugehen -, daß lt. Voranschlag der o. H. S 816,613.000 ausgemacht hätte und eine Abweichung (Koll. Zagler hat bereits darauf hingewiesen) auf S 1,061.417.715,56 zu vermerken ist. Der ao. H. war präliminiert mit 178,249.000 Schilling - jetzt nach dem Rechnungsabschluß sehen wir hier die Zahl von 394,260.772,82. Damit wollte ich eigentl. nur zum Ausdruck bringen, daß es meiner Meinung nach doch wichtig wäre - für jene, die eben nicht die Zeit haben, dieses aufwendige Elaborat zu studieren -, wieder eine Übersicht in den Amtsbericht mitaufzunehmen.

Weiters wollte ich schon auch die Gelegenheit wahrnehmen, um hier vor diesem Gremium in Erinnerung zu rufen, daß die Freiheitl. GR-Fraktion das Budget 1992 abgelehnt hat. Und zwar begründet abgelehnt hat, weil wir ja bekanntlicherweise eine Reihe von Abänderungs-Vorschlägen hier in diesen GR eingebracht haben, die sehr wohl Einsparungsmöglichkeiten aufgrund von

Budgetverschiebungen ermöglicht hätten. Sie wurden aber leider von der Mehrheit hier herinnen abgelehnt.

Zum anderen haben wir natürl. eine Reihe von Beschlüssen für Einnahmen und Ausgaben mitgetragen. So verhält es sich auch bei diesem Rechnungsabschluß, daß Bereiche

enthalten sind, die durchaus die Befürwortung der Freiheitl. GR-Fraktion finden, aber andererseits auch Beträge drinnen sind, denen wir mit Skepsis gegenüber gestanden sind. Ich werde mich daher - so wie im StS - und auch einige meiner Fraktionskollegen der Stimme enthalten.

Zum Schluß darf ich selbstverständlich auch hier bekräftigen, daß die Überlegungen, die Koll. Tilman Schwager eingebracht hat, auch meine Überlegungen und die Überlegungen der Fraktion sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Koll. StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Werte Damen und Herren des GR, hohes Präsidium! Der Finanzreferent unserer Stadt hat gemeint, daß wir gut davongekommen wären wegen der Mehreinnahmen in der Gewerbesteuer, die wir dem guten Aufkommen der BMW Motorenwerke zu verdanken haben. Genau dort möchte ich auch bei meiner Betrachtung des Rechnungsabschlusses ansetzen. Und zwar über eine längere Zeit hindurch habe ich mir - wie die älter Gedienten von uns vielleicht wissen; im Gegensatz zu den Neuen, die es noch nicht erlebt haben - eine Gegenüberstellung von versch. Zahlen aus Haushaltsquerschnitten gemacht.

Ich versuche, daraus die Ableitungen zu treffen, die unsere Wirtschafts-Situation im allg. betreffen.

Signifikant dafür ist die Entwicklung der Gewerbesteuer. Wir haben jetzt im Jahr 1992 264 - fast 265 - Millionen S Gewerbesteuer eingenommen.

Nur zur Erinnerung über das Vergängliche im Leben möchte ich Ihnen erzählen, daß 1980 z. B. 32 Mill. S Gewerbesteuer eingenommen wurden; daß 1983 25 Mill. eingenommen wurden; und daß sich hier eine Kurve entwickelt hat, die sich so rund um die 40 Millionen her dargestellt hat. Bis zum ersten pos. Einbringen von BMW im Jahr 1991 waren es nicht ganz 67 Millionen S Gewerbesteuer.

Betrachten wir jetzt die 264 Millionen aus 1992 und ziehen die 160 ab, so erkennen wir einen Stand von etwa 100 Mill. S Gewerbesteuer, der aber noch immer durch BMW angereichert ist. Jetzt wollen wir uns einmal nicht das schreckliche Bild zeichnen, daß es das BMW-Motorenwerk in Steyr nicht geben würde, das vielfach kritisiert wurde. Nicht nur unseren Koll. Mundorff müßten wir in dieser hohen Runde entbehren, sondern auch die Kasse der Stadt wäre erheblich leer.

Nimmt man die Situation der Industrie im allgemeinen, in unserem Raum im besonderen, her und vergleicht die Ertragskraft der großen

Industriebetriebe (real 1992), so stellt man fest, daß das Aufbringen der Gewerbesteuer-Mittel wohl kaum aus der großen Industrie gekommen ist, ausgenommen BMW (aber das haben wir ja gedanklich zuerst schon weggerechnet). So können wir einen Sprung von den 40 Mill. S aus 1990 auf die jetzt bereinigten 100 Mill. wahrlich registrieren.

Wenn die große Industrie schon rechnerisch wegfällt - was tragisch genug ist, weil es bedeutet, daß es vielen Arbeitsplätzen nicht gut geht; weil es bedeutet, daß viele Menschen um ihre Arbeitsplätze gekommen sind; und weil es bedeutet, daß die zusätzl. Wirtschaftskraft, die der Region so gut täte, eben nicht gekommen ist; daß das hpts. Aufkommen an Ertragskraft für die Stadt aus dem Titel "Gewerbesteuer" aus den gesündesten von allen Betrieben, nämlich den kleineren und mittleren Betrieben, gekommen ist. Es beweist uns das die falsche Philosophie der großen Schiffe - derzeit ist ja nur ein großes Schiff, Gott sei Lob und Dank, gesund.

Es mag sein, daß man hier die eine oder andere Spitzfindigkeit noch hineindeuten kann. Die Wahrheit ist aber, daß die Stadt sehr gut und sehr richtig beraten ist, wenn sie daher aus dieser Erkenntnis die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe vorantreibt. Um eben hier eine

Ansiedlungspolitik, ein Interesse, sich zu verselbständigen (so wie das der RUNDE TISCH gemeinsam aus den sozialpartnerschaftlichen Vertretungen zu entwickeln versucht) auch der Region als Entwicklungschance anzubieten. Das Dienstleistungs-Segment (ich lese die zweite Ableitung daraus) ist ein wesentl. Träger der finanziellen Stärke. Und das Dienstleistungs-Segment ist es, das bis dato vielleicht nicht immer das richtige Aufmerksamkeits-Moment der Öffentlichkeit gefunden hat. Ich sage nicht der Gewerbeförderung durch die Stadt, ich sage das Aufmerksamkeits-Moment der Öffentlichkeit! Weil gerade jede Steyrerin und jeder Steyrer wissen müßte, daß wir aus dem Bereich der Dienstleistung, des Handels und des kleinen Gewerbes die Zukunft mitabsichern werden können.

Ein zweites Bild dazu zeichnet uns die Entwicklung der LsSt, die man in ihrer Rechtfertigung - oder nicht - ja wieder anschauen kann. Ich weiß, es gibt philosophische Betrachtungen, ob es sinnvoll ist, jemanden, der Lohnsummen bezahlt, dafür noch zu besteuern. Ich weiß, daß es Menschen gibt, die es als sinnlos betrachten, daß man erfolgreiche Betriebe noch mit einer Gewerbesteuer bestraft. Aber zurück zur LsSt. Deren Entwicklung ist etwas anders verlaufen - 1980 waren 59,7 Mill. S LsSt-Einnahme; 1992 per Rechnungsabschluß 102,8

Millionen. Hier ist es das zweite Mal, wo unsere Region den Spiegel vorgehalten bekommt - ganz zwangsläufig. Nehmen wir nur den Unterschied der Realeinkommen in diesen letzten 12 Jahren - nämlich die Spanne zw. 1980 und 1992 -, so erkennen wir, daß ein Zuwachs von etwa 40 Mill. S stattgefunden hat. Freilich sind es 80 % Zuwachs, freilich ist das mehr, als der Reallohn-Zuwachs dem durchschnittlichen Steyrer und der durchschnittlichen Steyrerin in der Kasse klingelt. Wenn man jetzt die sinkende Zahl der Industrie-Beschäftigten wegrechnet, so zeigt sich wieder - das wollte ich Ihnen damit vor Augen führen -, daß in dem breiten Bereich der Klein- und Mittelbetriebe nicht nur die Ertragskraft für die Gemeinde in großem Ausmaß angeboten wird, sondern auch das Beschäftigungspotential der Region abgedeckt ist.

Daher wieder der zweite Versuch der Hinwendung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die kleineren und mittleren Betriebe und auf die Segmente Dienstleistungen in unserer Stadt. Weil wir auch hier doch ganz wesentliche Standbeine finden.

Ich möchte die langfristige Betrachtung für Sie, meine Damen und Herren, nicht allzu langweilig machen, weil ich weiß, daß sich nicht alle mit Zahlen so wohl fühlen, wie der stadträt. Finanzreferent; der sicher die Erörterung von seiner Aus-

bildung her mind. ebenso kritisch mithören wird, wie ich mir meine Gedanken über die Zahlen gemacht habe.

Eine zweite Überlegung sollten wir auch noch über die Dynamik der Rücklagen anstellen. Ein kurzes Betrachten der Jahre 1991 und 1992 würde uns hier nämlich vor völlig falsche Schlüsse führen. Koll. Zagler hat das ein wenig anklingen lassen mit dem schönen Wort "Sparkassen-Rücklage".

Wenn wir glaubten, daß die ganze Rücklagen-Bewegung, die Umsätze tatsächlich unsere Kraft waren, dann irrten wir ganz gewaltig. Das muß man wirklich auch dazu sagen. Denn die Sparkassen-Gelder sind nicht Rücklagen, die uns irgendwann wieder einmal zufließen können, sondern das ist das Einmalige! Der warme Regen, wie es Bgm. Leithenmayr vor kurzem bezeichnet hat, ist eben zweifach im Jahr 1992 auf die Stadt gekommen. Zum einen über die Gewerbesteuer und zum anderen - aus 1991 resultierend - über den Sparkassen-Verkauf.

Wenn Koll. Zagler gemeint hat, es wäre ein neg. Bild daraus abzuleiten, weil der größte Teil nicht herüber gerettet wurde, so könnte man sagen, eigentl. wäre es wirklich sehr bedauerlich, wenn die Stadt ein "Sparverein" wäre. Sie ist es aber nicht; und gerade deshalb ist es richtig - vor allen Dingen auch aus der Sicht des Finanzreferenten -, darauf aufmerksam zu machen,

daß man die Gelder jetzt nicht einfach verteilen kann (so wie Du das jetzt mit Deiner Geste angedeutet hast), sondern daß man das sehr zielgerichtet, sehr zweck-

orientiert und sehr bedacht einsetzen wird müssen.

Es kommt uns hier nicht sehr zugute, daß es eine große Anzahl von Nachhol-Investitionen gibt, die nicht den Standard der Zukunft verbessern, sondern den Standard der Gegenwart sanieren. In weiten Bereichen trifft dies zu, weil ja der warme Regen nicht alle Jahre war. Wenn Sie sich für Ihre eigene Betrachtung vielleicht einmal solche Tabellen machen und gelegentlich nachschauen, so sehen Sie die Höhen und Tiefen einer Stadtverwaltung, die Höhen und Tiefen der Finanzkraft und die Höhen und Tiefen der Fähigkeit, Maßnahmen zu treffen - auch wenn sie notwendig sind.

Alles, was jetzt an Nachhol-Investition vollzogen werden konnte, saniert praktisch die Tiefen der Vergangenheit und ebnet den Weg in eine bessere Zukunft. Das bedeutet aber nicht in jeder Hinsicht schon die Plattform für die neue Zukunft. Das muß uns bitte klar sein. Auch dann, wenn wir das mittelfristige Budget-Konzept in nähere Beratung nehmen werden. Dem Finanz- und Rechtsausschuß wurde es ja einmal vorgestellt.

Die Wirtschaftsstruktur in unserer Stadt wird also einen wesentl. Aufmerksamkeits-Fak-

tor verdienen. Auch wenn Dr. Schwager richtigerweise gesagt hat, daß uns genau der warme Regen "Gewerbsteuer" in Zukunft nicht ins Haus stehen wird. Der Appell ist sicherlich zurecht gerichtet, daß die Städte - sie tun es ja auch, ebenso wie die Gemeinden - die ganze Energie daran setzen müssen, entspr. Adäquate für die weggefallene Gewerbesteuer zu finden. Die findet man derzeit auch in den Abgaben-Ertragsanteilen. Nur haben sich diese längst nicht so spektakulär entwickelt, wie die eigenen Steuern.

Wenn Sie die Ertragsanteile aus 1980 hernehmen mit 145 Mill. S und aus 1992 mit 296 Mill. S, dann sagt einem das alles - nämlich hinsichtlich des Optimismus, daß die Gewerbesteuer so leicht ersetzt werden könnte. Die Steigerung hier von 100 Mill. und die Steigerung von 200 Mill. S auf der anderen Seite, die erst einmal wettgemacht werden muß (diese Steigerung auf den Zeitraum von 13 Jahren rückwirkend gesehen), das wird etwas sein, das die kommunalen Spielräume, wenn die Verhandler nicht sehr, sehr erfolgreich sein werden, in großem Ausmaß abhängig macht vom Geschick der Finanzausgleichs-Verhandler.

Wenn man daran denkt, daß die beiden wirklich großen Leute im Finanzausgleichsverhandeln - StR Vbgm. Maier aus Wien und LH Dr. Ratzenböck aus OÖ - nicht bis zum "St. Nimmerleinstag" zur

Verfügung stehen werden, so wird der Städtebund nicht nur gut verhandeln müssen, sondern es werden sich auch die Landeshauptleute-Konferenzen sehr warm anziehen müssen, damit die Experten wieder da sind, die an der Basis der Demokratie (auf die wir alle so stolz sind) die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Denn nur aus einer zufriedenen Kommune kann auch ein zufriedenes, allg. pol. Klima im Land werden.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir gehen nicht nur schönen Zeiten entgegen. Das ist uns allen klar. Der langen Rede noch kürzerer Sinn: Die ÖVP-Fraktion, für die ich hier reden durfte, wird dem Rechnungsabschluß die Zustimmung geben. Was keineswegs bedeuten kann, daß wir im nachhinein sanktionieren, was wir von Haus aus nicht gutgeheißen haben.

Ich teile nicht die Kritik, daß die Darstellung der Abweichungen aus dem Budget unvollkommen war. Im Gegenteil! Der Annex zum Rechnungswerk ist sehr ausführlich gelungen. Ich glaube überhaupt, daß die Darstellung des Zahlenwerkes eine treffliche ist. Nur muß man sich auch die Mühe machen, sie zu lesen!

Es gibt sicherlich eine lustigere Lektüre. Wohl aber kaum spannendere, als die finanzielle Situation von Gemeinden zu studieren und die Ableitungen daraus zu treffen, was man denn als Kommunalpolitiker in der

richtigen Situation an richtigen Maßnahmen-Auswahlen zur Verfügung hat. Und wohl überhaupt das Spannendste ist, mit daran teilzunehmen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Da wünsche ich uns allen eine glückliche Hand!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals! Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte mich beim Schlußwort rel. kurz fassen und am Beginn des Schlußwortes den Dank an Hr. Mag. Lemmerer und seine Abteilung aussprechen! Sie haben auch dieses Werk wieder in einer sehr großen Vollkommenheit zustande gebracht. Zu den einzelnen Debatten-Rednern kurze Anmerkungen. Die Differenzen vom Budget zum Rechnungsabschluß darzustellen, ist eine Anregung, die man aufgreifen kann. Aber ich glaube, nachdem wir fast bei jeder GR-Sitzung dasselbe Thema heruntergebetet haben (die 160 Mill. BMW, die 180 Mill. Sparkassengeld und dies den Hauptteil dieser hohen Abweichungen ausmacht), dürfte das für die meisten begründet sein!

Wenn Dr. Schwager sagt, wir hätten am Ende jeder Sitzung vom Bgm. gehört, was wir beschlossen haben, und die

Summe dieser Beträge wäre das Budget, dann wäre das nicht vollkommen ausgeführt. Jene Dinge, die unserer Anordnungsbefugnis und den bes. Beschlußerfordernissen entsprechen, sind hier abgehandelt worden. Die Dinge, die im inneren Dienst mit anderen Anordnungsbefugnissen abgehandelt werden und sozusagen das laufende Geschäft von der Gehaltszahlung usw. betreffen, sind nicht über diesen Tisch gegangen. Nur insofern, als bei Überschreitungen klarerweise hier im Nachtragsvoranschlag entspr. Beschlüsse zu fassen sind. Ich möchte das nur als Abrundung dazu sagen.

Das Materielle, was Karl Holub in seiner Wortmeldung angesprochen hat - nämlich die Steigerung der Gewerbesteuer. Auch uns ist es nicht verborgen geblieben, wo die Ursachen steckten. Einer der größten Kritiker - leider nicht mehr als Mitglied unseres GR - dieser damaligen Förderungen, unser Freund Otto Treml, wird aufgrund dieses Zahlenwerkes auch sehen, daß er dort vermutlich großen Fehleinschätzungen unterlegen ist. Denn hier haben wir den finanziellen Nachweis, daß die damalig gewährte Förderung und damit die Ansiedlung in Steyr durchaus gerechtfertigt war.

Was aber diese Steigerung der Finanzkraft betrifft, hat noch einen Haken. Ich komme jetzt

wieder in das Jahr 1993, um die Auswirkungen zu demonstrieren. Durch diese erhöhte Finanzkraft im Jahr 1992 hatten wir an Landesumlagen ein Vielfaches dessen, was wir in den Vorjahren zahlten. D. h., von den "herübergeretteten" Schillingen sind eigentl. auch wieder sehr, sehr viele verloren. Verloren für unser Budget, nicht insgesamt verloren! Das Geld wird nicht "vernichtet", aber es geht in Richtung Land.

Ich wage nur bescheiden zu hoffen, daß wir bei Bedarfzuweisungen u. a. finanziellen Förderungen des Landes auch wieder einen kleinen Rückausgleich dafür bekommen. Wenn Karl Holub sagt, die Kleinen zahlen den Hauptanteil an der Gewerbesteuer, dann mag das seine Meinung sein. Es stimmt aber ziffernmäßig nicht, wenn man sich die Aufschlüsselung ansieht, welche Betriebsgrößen und Betriebsarten vorhanden sind. Was die "Hitparade" der Gewerbesteuerzahler anlangt, dann ist das vielleicht Dein Eindruck, aber hat mit der Realität leider nichts zu tun. Und zwar deswegen leider nichts zu tun, weil wir vielmehr kleine haben als große. Das wäre wunderbar - da hätten wir statt 260 Mill. vielleicht 400 Mill. S. In diesem Rahmen könnte ich das sehen.

Im großen und ganzen ist der Rechnungsabschluß eben der buchhaltäische Abschluß des

Jahres 1992, und ich bitte den Hr. Bgm., über das vorliegende Werk die Abstimmung durchführen zu lassen. Ich bitte auch um die Zustimmung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Der Antrag steht zur Abstimmung. Ich darf jene Mitglieder des GR, die zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke sehr. Gegenprobe? Niemand stimmt dagegen. Übt jemand Stimmenthaltung? 6 Enthaltungen (FP). Danke. Damit kommen wir zu Punkt Nr. 20).

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Der nächste Punkt behandelt eine der erfreulichen Kreditüberschreitungen. Nämlich eine Kreditüberschreitung, die nur aus buchhalterischer Sicht entsteht, weil wir - das habe ich hier schon einige Male gesagt - als Gebietskörperschaft Landesförderungen in Empfang zu nehmen haben, um sie dann an die Förderungswerber auszuzahlen. Es geht hier um 1,4 Mill. S Subvention des Landes OÖ an den SK Vorwärts Steyr, die an den Aufbau der Flutlichtanlage gebunden ist. Ich bitte um Zustimmung.

20) Ha-4202/92

SK Vorwärts Steyr, Gewährung einer Subvention von 1,4 Mill. S als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Ref. f. Schule und Sport vom 27. Mai 1993 wird der Weiterleitung einer zweckgebundenen Bedarfszuweisung des Landes OÖ für den SK Vorwärts Steyr in Höhe von S 1.400.000,-- im Subventionswege zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.400.000,--

bei der VAST. 5/2624/777000.5 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt. Die Bedeckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfszuweisungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für den Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Der nächste Antrag ist einer, den wir zwar beschließen, aber zunächst nur als Provisorium. Es geht um die Aufnahme eines Darlehens über 10 Mill. S für die Sanierung des Alten- und Pflegeheimes Tabor bei der Wr. Städtischen Versicherungs AG, die sich als Bestbieter - was die

Konditionen anlangt - bei einem Ausschreibungsverfahren herauskristallisiert hat.

Vielleicht darf ich noch kurz auf die Geschichte dieses Antrages eingehen. Zur Budgetgestaltung für das Jahr 1993 war es u. a. erforderlich, Mittel zu finden, um die Sanierung des Alten- und Pflegeheimes Tabor in einer bestimmten terminlichen Abfolge und in einer bestimmten Höhe zu gewährleisten. Damals war es LR Klausberger, der uns die Zusage machte - und das ist das Besondere an diesem Darlehen -, die Kapitalrückzahlungen zu leisten. D. h., vorbehaltlich der schriftl. Bestätigung dieser Zustimmung brauchen wir von diesen 10 Mill. keinen Groschen zurückzahlen. Wir haben nur den Zinsendienst - und das bei einem sehr mäßigen Zinssatz - zu leisten.

Daher, glaube ich, wird uns die Zustimmung zu diesem Antrag besonders leicht fallen.

21) Ha-120/93

Aufnahme eines Darlehens über 10 Mill. S für die Sanierung des APT bei d. Wr. Städt. Versicherungs AG.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II v. 14. 6. 1993 wird der Aufnahme eines Investitionsdarlehens in Höhe von S 10.000.000,- zur Sanierung des APT bei der Wiener Städtischen Versicherungs AG, Ringturm,

1011 Wien, zu den im Amtsbericht angeführten Konditionen zugestimmt.

Die Darlehensaufnahme darf allerdings erst nach Vorliegen einer entspr. Förderungszusage über die Übernahme der Kapitalrückzahlung seitens des Landes OÖ erfolgen.

Die MA II wird ermächtigt, anlässlich der Unterfertigung des Darlehensvertrages, die sonstigen Darlehensbedingungen festzulegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall; der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag ist gleichermaßen unerfreulich für die Bediensteten des Hauses, wie auch für die Stadtkassa - aber auf der anderen Seite günstig und notwendig für die gesundheitl. Versorgung der Bediensteten. Es geht darum, die Satzungsänderung der KFA (Krankenfürsorgeanstalt der Beamten der Stadt Steyr) zu ändern, und zwar eine Beitragserhöhung um 1/4 Prozentpunkt zu beschließen. Sowohl arbeit-

geber- als auch arbeitnehmer-
seitig!

Dazu ist im zweiten Punkt noch
der Kostenersatz bei Organ-
transplantationen in die KFA-
Bedingungen aufgenommen wor-
den (bzw. wird er aufgenommen,
wenn Sie hier zustimmen). Und
in einem weiteren Punkt ist die
med. Hauskrankenpflege; daß
auch diese aus der KFA bezahlt
wird.

Das ist in groben Umrissen der
Inhalt dieser Satzungsänderung.
Ich bitte Sie, aufgrund der Not-
wendigkeit, mehr Einnahmen zu
erzielen und aufgrund der Not-
wendigkeit der med. Versorgung,
diesem Antrag die Zustimmung
nicht zu verwehren.

22) SV-7400/82

SV-7527/91

SV-195/93

KFA Steyr - Satzungs-
änderung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Artikel I

Die Satzungen der Krankenfür-
sorgeanstalt der Beamten der
Stadt Steyr (KFA), GR-Beschluß
vom 30. 11. 1972, SV 1879/72,
in der Fassung des GR-Bes-
chlusses vom 17. 12. 1991, SV
7527/91, werden wie folgt ge-
ändert:

1. Der § 26, Absatz 1, ist wie
folgt zu ändern:

Die Wortfolge "...alle Mitglieder
und die Stadt Steyr Beiträge in
Höhe von je 4 % der Monats-
bezüge" ist durch die Wort-

folge "... alle Mitglieder und die
Stadt Steyr Beiträge in Höhe von
je 4,25 v. H. der Monatsbezüge
...." zu ersetzen.

2. Nach § 18 werden fol-
gende §§ 18 a und 18 b samt
Überschriften eingefügt:

" 18 a

Kostenersatz bei Organtrans- plantationen

(1) Einer Krankheit ist gleich-
zuhalten, wenn ein Mitglied (An-
gehöriger) in nicht auf Gewinn
gerichteter Absicht einen Teil
seines Körpers zur Übertragung
in den Körper eines anderen
Menschen spendet. Der Lei-
stungsfall gilt mit dem Zeitpunkt
als eingetreten, in dem die erste
ärztliche Maßnahme gesetzt wird,
die der späteren Entnahme des
Körperteiles voranzugehen hat.

(2) Als Leistung der Kranken-
behandlung gilt auch die Über-
nahme der für eine Organ-
transplantation notwendigen An-
melde- und Registrierungskosten
bei der Organbank. Der ent-
sprechende Betrag wird an den
bezahlt, der diese Kosten ge-
tragen hat."

" § 18 b

Medizinische Hauskrankenpflege

(1) Wenn und solange es die Art
der Krankheit erfordert, ist me-
dizinische Hauskrankenpflege zu
gewähren. Sie ist auch anstelle
von Anstaltspflege (§ 18) zu ge-
währen, wenn und solange es die
Art der Krankheit zuläßt und die

Möglichkeit einer medizinischen Hauskrankenpflege gegeben ist.

(2) Die medizinische Hauskrankenpflege wird erbracht durch diplomierte Krankenpflegepersonen, die im Rahmen von Vertragseinrichtungen tätig sind, die medizinische Hauskrankenpflege betreiben.

(3) Die Tätigkeit der diplomierten Krankenpflegeperson kann nur auf ärztliche Anordnung erfolgen.

(4) Die medizinische Hauskrankenpflege umfaßt medizinische Leistungen und qualifizierte Pflegeleistungen, wie die Verabreichung von Injektionen, Sondenernährung oder Dekubitusversorgung. Sie umfaßt nicht die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung des Kranken.

(5) Die medizinische Hauskrankenpflege wird für ein und denselben Krankheitsfall längstens vier Wochen gewährt. Darüber hinaus wird sie nur auf Empfehlung des Vertrauensarztes weitergewährt.

(6) Medizinische Hauskrankenpflege wird nicht gewährt während einer Unterbringung

a) in einem Heim für Genesende, die ärztlicher Behandlung und besonderer Wartung bedürfen (§ 2 Abs. 1 Z. 3 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957) und in einer Pflegeanstalt für chronisch Kranke, die ärztlicher Betreuung und besonderer Pflege bedürfen (§ 2 Abs. 1 Z. 4 des Krankenanstaltengesetzes).

b) in einer Sonderkrankenanstalt, die vorwiegend der Rehabilitation dient.

(7) Die Hauskrankenpflege wird mit 90 v. H. der Honorarsätze vergütet. Mit den Rechtsträgern der Hauskrankenpflege können Verrechnungs- und/oder Gebührenübereinkommen abgeschlossen werden."

4. § 21 d) (Beistellung einer Hauspflege) hat zu entfallen.

5. Der bisherige § 21 e) erhält die Bezeichnung § 21 d).

Artikel II

Artikel I tritt mit 1. Juli 1993 in Kraft.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall - wir kommen daher zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Ubt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Zagler für die Berichterstattung und darf Ihnen mitteilen, daß in der heutigen Sitzung des GR eine Summe von S 2,434.000,-- in Form von Beschlüssen des StS zur Kenntnis genommen wurde und daß weitere Ausgaben in Höhe von S 29,661.000,-- beschlossen wurden.

Jetzt kommen wir zur Aktuellen Stunde. Ich darf fragen, ob seitens der SPÖ-Fraktion das Wort gewünscht wird? Hr. StR Zagler bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 16.51 Uhr

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Stefan Koren war bekannt dafür, als "Kassandra" vom Dienst zu gelten. Ich will nicht fugenlos in seine Rolle hineinschlüpfen, weil das ja seine Sympathiewerte nicht gerade gesteigert hat. Aber Kassandra-Rufe sind auch hier vonnöten. Gerade, weil wir vor wenigen Minuten auch über den Rechnungsabschluß 1992 gesprochen haben.

Es liegt ein Status über das 1. Halbjahr 1993 und die finanzielle Entwicklung vor. Ich darf dazusagen, daß wir bei der Gewerbesteuer, die wir vorsichtigerweise und vermutlich richtigerweise mit etwa 100 Mill. S im Budget 1993 eingeschätzt haben, um 7,5 Mill. S hinten

liegen. Und - was noch viel dramatischer ist - wir liegen bei den Landesumlagen (sowohl die Landesumlage als auch der Krankenanstalten-Beitrag, Behinderten-Beitrag etc.) bereits um 36,7 Mill. S über der veranschlagten Höhe. Was also auch Ausfluß der gestiegenen Finanzkraft ist.

Daneben - auch das ist heute schon vom Koll. Schwager angesprochen worden - steht uns eine Steuerreform ins Haus, von der wir aufgrund der Hochrechnungen, die wir im Haus gemacht haben, nicht so euphorisch ausgehen, wie jene, die sich aufgrund der Zahlen der Vergangenheit (die auch Karl Holub erwähnt hat) eigentlich ableiten ließen.

Würde man etwa das Jahr 1989 vergleichen, wo wir Gewerbesteuer-Einnahmen von 37 Mill. hatten und LsSt-Einnahmen von 89 Mill., dann wären 50 % mehr LsSt bei Entfall der Gewerbesteuer der Hit! Ich würde heute nicht hier stehen, um die Aktuelle Stunde abzuhalten.

Das ist aber leider nicht der Fall. Die "Milchmädchen-Rechnung" - als solche möchte ich sie zunächst einmal bezeichnen - sagt: 100 Mill. geschätzte Gewerbesteuer-Einnahmen und 100 Mill. geschätzte LsSt-Einnahmen. Das bedeutet, wenn die Gewerbesteuer wegfällt und die LsSt 50 % erhöht wird, 150 Millionen. Wenn man noch die Freiberufler dazurechnet, die

dann zur Kasse gebeten werden sollen - wobei wir noch nicht wissen, ob es auch dort wieder Freibeträge oder Freigrenzen geben wird. Sollte es diese geben, werden bei vielen Freiberuflern gar keine LsSt-Zahlungen anfallen. Es ist ja bekannt, daß die Freiberufler nicht schlecht verdienen (das liest man in jeder Zeitung); daß aber die Bediensteten dort nicht gerade zu den Bestverdienern im Angestelltenbereich gehören, weiß man auch.

Faktum ist, daß diese 50 Millionen S-Differenz durch die Steuerreform für Steyr nicht äquivalent ausgeglichen werden kann.

Dann gibt es eine dramatische Abgangs-Entwicklung in unserer Stadt. Das liest sich fast wie im Buch der Rekorde, aber leider im Buch der Negativrekorde. Ein Paradebeispiel möchte ich hier anführen - das ist der Verkehrsbetrieb. Lieber Roman, Dir muß ich das nicht sagen. Du kennst die Bilanzen der letzten Jahre. Im Jahr 1990 war der Abgang aus dem Verkehrsbetrieb noch 10,5 Mill. S, 1991 war der Abgang 13,3 Millionen S und 1992 hat er bereits 22,8 Mill. S betragen.

Wir alle wissen, daß ab 1. Sept. neue Linien in Betrieb sein werden; daß die Fahrbedienmittel inzw. mit Kreditüberschreitungen von 6,3 Mill. S angeschafft wurden; daß die Fahrkarten-Entwerter angeschafft wurden; daß wir dazu

zusätzliches Personal einstellen mußten (6 Chauffeure, 1 zusätzl. Mechaniker für die Wartungsarbeiten etc.). D. h., daß auch hier der Abgang für das Jahr 1993 und die Folgejahre explodieren wird!

Noch etwas möchte ich zu diesen Zahlen sagen, die sich noch dramatischer darstellen lassen. In den Jahren 1990 und 1991 konnten noch Rücklagen von den Stadtwerken gebildet werden - nämlich aus dem die Verkehrsbetriebe sponsernden Gasbetrieb. 1990 waren das 3,6 Mill. und 1991 4,8 Mill. Also hatte man im Jahr 1990 Netto-Abgänge von knapp 7 Mill. S und 1991 von 8,5 Mill. S. Man muß sich jetzt diesen Sprung auf 22,8 Mill. S vorstellen!

Roman, es soll kein "Watschenduell" zw. uns werden, aber das Jahr 1991 war jenes, als Du die Verantwortung für die Stadtwerke übernommen hast. Ich muß Dir sagen, in meiner Verantwortung als Finanzreferent ist das auf Dauer - aber selbst kurzfristig - nicht zu verantworten. Deswegen auch der Grund dieser Wortmeldung bei der Aktuellen Stunde.

Ich habe kürzlich auch eine Frage in Richtung Verkehrsverbund gestellt. Da hast Du über großartige Aktivitäten berichtet. Ich bin dann auch beim Lesen aus dem Protokoll darauf gekommen, Deine persönl. Aktivitäten in dieser Frage waren, daß auf der Tagesordnung

zweimal das Thema "Verkehrstarif-Verbund" gestanden ist. In der Verkehrsabteilung bei der LR kennt man Dich auch nur aus der Presse bzw. aus dem öö. Amtskalender. Ich habe bei den zuständigen Hofräten nachgefragt, ob Du Aktivitäten gesetzt hast. Das ist aber leider nicht der Fall!

Das ist aus meiner Sicht - als Finanzreferent - eine verantwortungslose Gestion, die aber nicht nur bei Dir anzutreffen ist, Roman. Es gibt auch andere StS-Mitglieder, wo ähnliche Entwicklungen vorhanden sind. Das ist von mir als Finanzreferent ein Hilferuf. So kann es nicht weitergehen, immer nur in der Sonne zu stehen, wenn man etwas investiert, wenn man Neues macht, wenn man Zusätzliches macht. Du kannst Dir alles vorstellen. Ich lese wieder in der Zeitung: "Anrufsammeltaxi nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer". Alles ist möglich, aber keiner gibt einen entspr. Beitrag oder Anlaß, wo man hier zu zusätzl. finanziellen Mitteln kommen soll. Man läßt hier vor allem die Benutzer dieser Dienstleistungseinrichtung soweit ungeschoren, daß nicht einmal Inflationsabgeltungen von den entspr. Referenten vorgeschlagen werden.

Das ist wie im Märchen bei "Tischlein deck' dich - Esel streck' dich". Der "Knüppel aus dem Sack" wird uns alle ereilen. Ich habe das aus den Zahlen

erkannt, gebe das zu bedenken und bitte, auch entspr. zu handeln, daß auch die Ertragsseite für das Budget verbessert werden kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. FPÖ-Fraktion - wer möchte dazu Stellung nehmen? Koll. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! An sich wäre vorgesehen gewesen, daß unser Fraktions-Obmann in der Aktuellen Stunde zu diesem Beitrag spricht. Nachdem aber die Aussagen des Koll. Zagler primär in Richtung Stadtwerke und mich gegangen sind, bin ich selbstverständlich gerne bereit, das zu übernehmen.

Ich darf gleich damit beginnen, daß die finanzielle Situation der Stadtwerke - vor allen Dingen der Verkehrsbetriebe, auf die Du Dich ja bezogen hast - eine dramatische Entwicklung genommen hat und auch noch nehmen wird. Ich habe sehr wohl als zuständiger Referent in der Budget-Debatte darauf hingewiesen. Aber ich habe auch darauf hingewiesen, daß es in Zukunft nicht mehr so sein kann, daß die finanzielle Last, um diese Verkehrsbetriebe am Leben zu erhalten, nicht mehr von den stadteigenen Finanzen alleine getragen werden kann. Es wird sehr wohl Aufgabe des Bundes und des Landes sein, sich einmal

darüber im klaren zu sein, was ihnen der öffentl. Verkehr wert ist.

Auch wir werden uns einmal darüber ernsthaft Gedanken machen müssen, was uns der öffentl. Verkehr wert ist. Was ist er uns wert? Wir können durchaus Einsparungen machen, das ist kein Problem! Schränken wir eben die Linien entspr. ein, bauen wir diese nicht aus, dann können wir Einsparungen machen!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Machen wir es wie in Wels!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Kein Problem! Aber auf der anderen Seite ist es sehr wohl auch die Aufgabe der Kommunen, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Bürger im Gemeindebereich entspr. die Möglichkeit haben, auf das öffentl. Verkehrsmittel umzusteigen! Aber ich sage es noch einmal - Koll. Zagler, hier darf ich Dich als Finanzreferent bitten, auch tätig zu werden und in Richtung Bund und Land diese Frage zu erörtern! Denn dort ist sicherlich, meiner Meinung nach, der Hebel anzusetzen!

Was die Tätigkeit oder die Untätigkeit meiner Person betrifft in bezug auf die Einrichtung eines Verkehrsverbundes, Koll. Zagler, so habe ich bereits in der letzten GR-Sitzung die Möglichkeit gehabt, klarzustellen, wo die Kompetenzen liegen.

Ich würde es heute gerne noch einmal machen, aber es ist mir nicht möglich, weil mich der Bgm. wahrscheinlich darauf aufmerk-

sam machen würde, daß ich meine Redezeit überschritten habe. Aber vielleicht ergibt sich nochmals die Gelegenheit dazu.

Ich fasse mich kurz und möchte noch einmal betonen, daß ich selbstverständlich meine Möglichkeiten über meine Parteifreunde ausgeschöpft habe. Aber, Helmut, Du wirst doch nicht ernsthaft glauben, wenn der kleine StR Eichhübl (nicht körperlich klein, sondern in seiner Funktion) nach Linz oder Wien kommt und sagt, jetzt müssen wir sofort einen Verkehrsverbund einrichten, daß ich dort Gehör finde. Das wirst Du doch aufgrund der Kompetenzen-Verteilung nicht wirklich glauben!

Aber vielleicht fahren wir einmal gemeinsam zu Deinem LR und reden mit ihm, wie es aussieht mit der Finanzierung - ich erkläre mich gerne dazu bereit! Denn die Finanzierung wird das Problem sein. Jetzt sind wir erst so weit, meine Damen und Herren des GR, daß wir Einigkeit gefunden haben bei den Gesprächspartnern, daß wir uns zum Flächenzonen-Tarif bekennen. Jetzt beginnen die schwierigen Verhandlungen, wer es bezahlt!

Ich weiß nicht, Koll. Zagler, ob ich kompetent oder zuständig bin, hier entspr. darauf einzuwirken.

Aber ich bin, wie gesagt, gerne bereit, mit Dir gemeinsam zu Deinem LR zu fahren.

Was das Anruf-Sammeltaxi betrifft, so habe ich bereits in der letzten Ausschuß-Sitzung für kommunale Einrichtungen berichtet, daß zur Zeit die Erhebungen laufen, wer die Kosten für eine notwendige Funkanlage übernimmt. Die Besprechung - Koll. Schloßgangl war ja dort als Hausherr der Einlader und ist mit den Taxi-Unternehmern dabei gewesen - hat zumind. eines gebracht, daß nämlich ein Großteil der dort anwesenden Unternehmensvertreter erklärt hat, daß sie sich vorstellen könnten, an einem derartigen System hier in Steyr mitzuarbeiten. Allerdings ist, wie gesagt, die Frage der Kosten für die Errichtung einer entspr. Funkanlage im Raum gestanden. Ich habe darüber berichtet, daß wir wahrscheinlich in absehbarer Zeit - ich nehme an, in den nächsten 14 Tagen - erfahren werden, wie es mit dem System 1718 (glaube ich, hoffentlich sage ich jetzt nichts Falsches) möglich ist, diese Angelegenheit weiter in Schwung zu halten. Ich habe mich in dieser Frage sicherlich bemüht!

Damit bin ich schon fertig! Koll. Zagler redet ohnehin schon wieder mit dem Hr. Vbgm. - er hat nicht Zeit, daß er mir zuhört, daher werde ich auch meine Wortmeldung beenden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Seitens der ÖVP-Fraktion? Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

So ganz, meine Damen und Herren, habe ich den Sinn der Aktuellen Stunde vielleicht dahingehend erfaßt, daß es eine Mahnung des Finanzreferenten an den stadträt. Referenten war, ihre Beiträge zu leisten. Habe ich das so richtig beobachtet? Ich erlaube mir hier, ein klein bißchen die philosophische Erörterung: Wo ist denn der Beitrag des Referenten?

Wenn damit die Erhöhung der Tarife gemeint ist - ohne Hinterfragung der Effektivität und der Effizienz dieser Erhöhung -, wenn damit gemeint ist, daß der Referent (ganz egal, welches Ressort er führt) einen Beitrag leistet, indem er selbst die Tarife erhöht, so ist das ein bißchen ein kritikwürdiger Standpunkt. Weil ich doch meine, daß die Steyrerin und der Steyrer dann einen erhöhten Deckungsbeitrag bringt, nicht der Referent!

Ich glaube, wir sollten uns schon hier als Gemeindevertreter darüber im klaren sein, daß wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten haben, daß es sehr wohl im öffentl. Verkehr ein gemeinschaftl. Interesse gibt und daß im gemeinschaftl. Interessensausgleich auch die Aufgabe zur

Bezuschussung dieses öffentl. Verkehrs liegt. Das ist einmal die primäre Feststellung. Ich glaube, hier trennt uns nicht allzu viel. Wir sollten uns wirklich nicht im Detail "abhacheln" und verbale Muskeln spannen, so quasi "...der ist säumig", "...der hat nicht", "...der hat zu", "...und den kennt man nicht" usw. Wir sollten viel eher darüber nachdenken, wie können wir nicht nur auf der Einnahmen-Seite Kostenbeiträge bringen; wir müssen darüber nachdenken, wie wir Effektivität und zugleich Effizienz steigern können. Das können wir im öffentl. Verkehr, meiner bescheidenen Meinung nach, in erster Linie über ein optimales Angebot (ich glaube, das habe ich jetzt schon hundert Mal "gesungen", und immer wieder gibt es jemanden, der mich nicht versteht) und über ein besseres Ausnützen der alternativen Systeme - Sammeltaxi statt leerfahrendem Großbus, kurzes Zurverfügungstellen von Gelegenheitsfahrten statt Stadtrundfahrten mit Autobussen (so, wie man jetzt diese eine Hausleiten-Linie organisiert; wenn das publik wird, wird man fassungslos sein, in welche Gegenden man auf dem Weg von A nach B geführt wird). Ich frage mich dann, wer diese neuen Systeme, die viel Geld kosten, annehmen wird. Das wird aber eine Diskussion sein, die nicht im GR-Plenum zu führen ist, sondern da gibt es den Ausschuß

und die öffentl. Meinung, die sich dazu äußern wird.

Ich glaube, daß es nicht darauf ankommt, hier jemanden niederzumachen, der vielleicht am Verkehrsverbund mitarbeiten soll. Wir von meiner Fraktion haben daran mitgearbeitet; wir haben uns auch wirklich vorstellig gemacht - sollten Deine Recherchen soweit geführt sein, müßtest Du einige Namen erfahren haben. Wenn nicht, dann nicht.

Jedenfalls steht eines fest: Daß die vorgeschlagenen Verbundtarif-Systeme schon wieder über den Haufen geworfen wurden, daß das Meinen der ESG Linz, die Federführung im Verbund haben zu müssen, nicht auf die generelle Gegenliebe aller anderen Verkehrsträger gestoßen ist und daß die Uneinigkeit über die Abfinanzierung der Abtarifizierungsverluste dazu geführt hat, daß es für das Inkrafttreten des Oö. Verkehrsverbundes jetzt schon zwei Termine gibt. Einen heute genannten mit April und einen wahrscheinlichen mit Sommer nächsten Jahres. Das bedeutet also, daß eine Reihe von Entschlüssen und Initiativen vor diesem Hintergrund auch mitgesehen werden sollten.

Der Verkehrsverbund wird also für die Bewohner in unserer Region und aus unserer Region erhebliche Vorteile bringen, wenn er gut gemacht ist.

Ich glaube, es ist richtig, ihn auch gut zu überdenken. Aber ich glaube, es wäre zum heutigen

Zeitpunkt falsch, den "Verkehrsverbund Region Steyr" vorzugründen, bevor ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das wurde ohnehin schon verschlafen!

STADTRAT KARL HOLUB:

... bevor die allg. Richtlinien für die Verkehrsverbünde erfolgt sind. Natürlich ist hier einiges verschlafen worden, Koll. Zagler! Da gebe ich Dir vollkommen recht. Sowohl in der jüngeren als auch in der älteren Vergangenheit. Denn das Thema "Verkehrsverbünde" wurde schon von Dir mitbetrieben und von uns jedenfalls seit vielen, vielen Jahren heftig gefordert. Lest doch die Protokolle nach!

Wenn wir uns regelmäßig mit den Stadtwerken auseinandergesetzt haben, so hat uns niemand verstanden, wenn wir gesagt haben "Verkehrsverbund". Ich kann mich sogar sehr gut erinnern, daß ein stadträt. Referent einmal gesagt hat, verbinden tut man jemanden, der sich verletzt hat. Ein anderer hat einmal gemeint, daß der Verkehrsverbund eigentl. nur den Stärkeren hilft und nicht den Kleineren, und daß es daher nicht im Interesse der Stadt wäre, den Verkehrsverbund voranzutreiben.

Da sieht man, wie sich die Zeit ändert, und wie sich auch die Grundeinstellungen verändern

können. Heute wird einem Referenten ein Vorwurf gemacht, weil er etwas verschlafen hätte, was eine Zeitlang gegen die Meinung von vielen Steyrerinnen und Steyrern aus der Evidenz des GR genommen wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Es muß aber immer noch der Referent ...

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich bin nicht der Verteidigungsredner für irgendeinen Referenten! Ich bin auch überhaupt nicht der Verteidigungsredner derzeit in eigener Sache, weil ich ganz genau weiß, daß Helmut Zagler auch mich gemeint hat mit den Tarifierhöhungen, die er so für das Altersheim von uns verlangt. Natürl. werden wir diese Sachen auch diskutieren müssen, und natürl. hätten wir auch heute den Antrag da, wenn nicht die Landesregelungen über die Gebarung, über die Beitragsgestaltung geändert worden wären und das erst korrigiert werden muß! Wir werden also hier nicht säumig sein, sondern wir werden zur gegebenen Zeit über die gegebenen Fakten diskutieren müssen.

Ich glaube nur, wir sollten die Cassandra-Rufe nicht zu persönl. Reibereien verwenden, Helmut! Ich würde mir selbst unrecht tun, wenn ich die Person des Stefan Koren nicht sehr hochachtete, weil ich glaube, daß

Stefan Koren der herausragendste Volkswirt war, den Österreich nach dem Krieg in Regierungsfunktionen gehabt hat. Ich würde sehr empfehlen, Stefan Korens anmahnende Worte auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß er auch immer über die Umwegrentabilität von Maßnahmen laut diskutiert hat. Das sollte man in diese Gespräche und in die Tarifüberlegungen sehr wohl miteinbeziehen, ob man bei Mehreinnahmen nicht mehr kaputt macht, als man einnimmt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Wollen die Grünen dazu Stellung nehmen? Fr. Kollegin Schuecher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt, dank dieser aktuellen Meldung von StR Zagler, noch einmal eine Lanze für den öffentl. Verkehr brechen. Der öffentl. Verkehr kostet uns sehr viel Geld, und wird uns in Zukunft noch sehr viel mehr Geld kosten. Und zwar solange wir uns diese scheinheilige Zweigleisigkeit leisten. Dieses Lippenbekenntnis zum öffentl. Verkehr auf der einen Seite und diese Förderung des Individualverkehrs auf der anderen Seite - dieses "jedes Steinchen aus dem Weg räumen" für den Individualverkehr!

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Wo soll denn das Geld herkommen, wenn nicht vom Autofahrer?

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Der Individualverkehr scheint nie mit seinen wahren Kosten auf! Da gibt es ja keinen, so wie bei den Stadtwerken, der das Defizit baut. Diese Kosten rinne irgendwo hinein, die sind irgendwo versteckt und verschlüsselt. Die kann man nicht so fassen, wie das Stadtwerke-Defizit - deshalb sieht man sie auch nicht so gut!

Beim Individualverkehr z. B. wird nie eine Ökologie-Rechnung aufgestellt. Das ist eine gewaltige Summe, die man dann dafür aufwenden muß. Aber man rechnet immer nur dem öffentl. Verkehr sein Defizit vor! Man müßte den öffentl. Verkehr so attraktiv machen und den Individualverkehr in der Stadt so unattraktiv, daß die Leute umsteigen. Dann wird automatisch das Defizit geringer. Noch etwas möchte ich hier sagen. Ich danke dem Referenten, daß er mir das Steinchen dazu geworfen hat, daß das Frauen-Nachttaxi nicht nur über die Medien und über die Steyrer Zeitung thematisiert wird. Was ich damit erreichen wollte, war eigentl., daß einmal darüber diskutiert wird. Ich danke Hr. StR Eichhübl, daß er das Thema aufgegriffen hat. Ich

halte es für eine gute Idee, im Rahmen des sowieso geplanten Anruf-Sammeltaxis auch diese Variante ins Auge zu fassen.

Über Äußerungen von "Apartheid" in diesem Sinn möchte ich mich nicht auslassen. Diese Formulierung war mir zu primitiv!

Ich finde das wirklich gut! Und wenn Sie das in dieser Richtung aufgreifen würden, dann wäre ich sehr dankbar! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Dieses Thema scheint lt. unserem Reglement erschöpft zu sein. Es ist jedenfalls interessant, daß alle wichtige Beiträge bringen, die irgendetwas sein könnten, wo etwas Neues begonnen wird. Das scheint um vieles populärer zu sein, als die Bedeckungsvorschläge einzubringen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, und ich glaube, daß hier natürl. schon auch Rückschlüsse auf unsere Handlungsfähigkeit zulässig sind. Es muß ja nicht heute sein, und ist auch für heute nicht gedacht.

Aber wenn wir über diese Situation im Herbst zu beraten haben (das wurde vom Finanzreferenten angemahnt), werden wir uns auch der Verantwortung bewußt werden müssen, daß alles, was wir hier machen, auch bedeckt werden muß. Wenn wir ununterbrochen etwas Neues finden und die alten Vorhaben eigentl. gar nicht

fortführen können, weil wir das nicht finanzieren können (unter dem Aspekt, daß sich vieles verändert), dann ist die Zeit gekommen, wo wir alle versuchen sollten, gemeinsame Vorgangsweisen zu entwickeln, damit diese wichtigen Einrichtungen für die Stadt auch entspr. finanziert werden können.

Gibt es seitens der FPÖ-Fraktion ein weiteres Thema? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Es ist schwer, daß man nicht einen Konnex herstellt zw. dem Thema, das ich hier ansprechen wollte, und dem meiner Vorrednerin.

Was ich sagen will, betrifft teils den öffentl. Verkehr und teils den Individualverkehr; aber nicht die Ausnahmesituation, daß sich eine Dame von einem Herrn auf einen Drink einladen läßt (so habe ich mir das gerade erklären lassen) und dann mit dem Damen-Taxi nach Hause fährt.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Bitte, das ist nicht von mir!

Es geht um einen ganz speziellen Fall. In Steyr ist etwas passiert, das auch in der Presse große Wellen geschlagen hat, das sicher für die Bewohner, insbes. von Münchenholz, teilweise sehr

unangenehm war, wofür aber die Stadt nichts kann.

Ich bin eigentlich nicht der, der hier versucht, für irgendjemanden Ausreden zu finden. Aber es ist, glaube ich, gar nicht schlecht, wenn wir im Zusammenhalt auch einmal feststellen, was in wessen Kompetenz fällt! Ich denke an die Verkehrsfalle in der Haratzmüllerstraße, vor dem Haus Opel Wieser, die mit unheimlichem Geschick gebaut wurde und durch die auch zumind. 5 Kraftfahrer (mehr haben sich nicht gemeldet, aber den Spuren nach müssen es mehr gewesen sein) erheblichen Schaden erlitten haben.

Es geht um diese vollkommen unverständliche Nase, die mit den damals angebrachten Leitlinien nicht in Einklang zu bringen war. Die rechte Fahrspur wurde auf 2 m verengt, und die Nase war dann noch dazu mit einem hohen Granitrand versehen. Es war eine unsichtbare Panzersperre, die aber wirksamer war, als manche aus dem Jahr 1945.

Eines ist richtig: Die Stadt hat in dieser Notsituation in einem Bereich, der sie eigentlich nichts angeht, unheimlich prompt reagiert. Auch der zeitliche Zufall war mit regieführend, als eben zwei Tage danach eine Verkehrsausschuß-Sitzung stattfinden konnte. Klargestellt werden muß aber, daß hier die Stadt nur Nothelfer war, daß die Stadt bei derartigen Gestaltungen

überhaupt nur ein Recht hat, angehört zu werden, und daß dieses konkrete Verkehrshindernis den Zuständigen der Stadt, die eben hier angehört werden dürften, erst bekannt wurde, als das Malheur bereits geschehen ist!

Es sollte nur soviel gesagt werden: Wir von der Stadt agieren nicht so schlecht, wie man es uns nachsagt! Es passiert woanders auch etwas!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Ich möchte dazu bemerken, daß unsere Intervention im Verkehrsausschuß usw., als wir gesehen haben, was da passiert ist, eigentl. dazu geführt hat, daß der Hr. Baudirektor in Rücksprache mit der Landesbaudirektion und der Bundesstraßenverwaltung erreichen konnte, daß unser Wi-Hof dieses Verkehrs-Hindernis entfernen durfte.

Ich bin froh, daß das auch einmal im GR debattiert worden ist und daß festgestellt wurde, daß die Kompetenzen so verteilt sind, daß manchmal zw. Himmel und Erde Dinge passieren, die nicht unbedingt von der Stadtverwaltung in Steyr zu verantworten sind. Aber es muß auch - das ist die Schwierigkeit - immer wieder ein Zusammenwirken geben, weil nämlich ohne tätige Mithilfe der Landesbaudirektion und der Bundesstraßenverwaltung viele, für uns sehr wichtige Stra-

Benprojekte nicht in der gebotenen Zügigkeit realisiert werden könnten. Ich sage das nur vorsichtig, aber es ist ein Fakt, daß dieses Zusammenspiel stattfinden muß, und es hat schon so manche Auseinandersetzung gegeben!

Ich glaube, daß von unserer Fraktion keine weitere Wortmeldung erforderlich erscheint. ÖVP-Fraktion? Koll. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! Als für die Stadt Steyr zuständiger Straßenbau-Referent möchte ich dazu Stellung nehmen - ich wurde auch von der Presse diesbezüglich gefragt. Vorab möchte ich feststellen, daß diese Nasen und Verkehrsinseln von der Bundesstraßenverwaltung in Auftrag gegeben, über die Landesbaudirektion in Planung und Ausführung verwaltet und von einer auswärtigen Baufirma gemacht wurden.

Aus der neg. Erfahrung, die sich hier ergeben hat, daß die Stadtgemeinde Steyr (das Bauamt) überhaupt nicht eingebunden wurde, daß auch keine zeitl. Information, keine Terminabsprachen u. dgl. stattgefunden haben, hat sich aufgrund eines Fehlers der Baufirma, der meiner Meinung nach überhaupt nicht vorkommen dürfte, ergeben, daß diese am vergangenen Montag, nach Fertigstellung der Arbeiten,

plötzlich die Baustelle geräumt haben, ohne irgendwelche Abgrenzungen, Hinweisschilder oder dgl. zurückzulassen.

Noch dazu war logischerweise eine Markierung auf die neuen Verkehrseinrichtungen in dieser kurzen Zeit nicht möglich, daher ist es zu diesen Unfällen gekommen.

Ich muß aber sagen, es hätten meiner Meinung nach auch der zuständige Verkehrsinspektor oder die Bundespolizei von der Verkehrsabteilung

kontrollierend einschreiten müssen bzw. sehen müssen. Vielleicht wäre der eine oder andere Unfall nicht verhindert worden, wenn es gleich unmittelbar nachher passiert ist, aber es hätte dazu gehört!

Ich habe in einem Gespräch mit dem Baudirektor veranlaßt, daß das Stadtbauamt in Zukunft bei allen öffentl. Baustellen zumindest in eine begleitende Bauleitung und Kontrolle miteingebunden wird, sodaß vor Beendigung und Übergabe an den öffentl. Verkehr oder in das öffentl. Gut diese Baulichkeiten seitens der Stadt kontrolliert werden. Damit können in Zukunft solche Vorkommnisse nicht mehr passieren!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals. Wünschen die Grünen das Wort dazu? Keine Wortmeldung wird gewünscht. Damit ist dieses Thema auch erschöpft. Wünscht die ÖVP, ein

Thema anzusprechen? Nicht der Fall. Gibt es seitens der Grünen einen Beitrag? Auch nicht der Fall.

Damit, meine Damen und Herren, ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Ich möchte die GR-Sitzung mit dem Wunsch schließen, daß Sie alle einen schönen und erholsamen Urlaub verbringen und möglichst gestärkt im Herbst in den Steyrer GR zurückkehren. Die Sitzung ist geschlossen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

ENDE DER SITZUNG: 17.34 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Ing. Dietmar Spanring e.h.

Wilhelm Spöck e.h.

